Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Stellenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 56 — Dienstag den 8. März 1921 — 47. Jahrg.

Abbruch der Verhandlungen. — Der Einmarsch hat heute begonnen!

Der Verbandsvorschlag.

Die „neuen" deutschen Vorschläge haben, zusammen mit den Zwischenbesprechungen in Chequers, zum mindesten ein Ergebnis gehabt, das, was auch geschehe, die Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und dem Verband auf eine entscheidend veränderte Grundlage gestellt hat: Das Pariser Abkommen ist erledigt. Nichts von ihm ist geblieben, als eine nur als Maßstab noch festgehaltene Endsumme. Der „Oberste Rat" hat auch die zweite Reihe deutscher Gegenvorschläge als unannehmbar bezeichnet. Das war ebenso zu erwarten, wie das „Unannehmbar" vom 1. März. Aber die zweite Ablehnung unterscheidet sich von der ersten darin, daß sie durch einen eigenen Vorschlag des Verbandes ergänzt wird... Zweierlei hat der Verband damit zugegeben: daß es auch von seinem Standpunkt nicht genügt, deutsche Angebote als unzulässig zurückzuweisen, daß mindestens wenn sie zurückgewiesen werden, die Ablehnenden verpflichtet sind, ihrerseits über die Möglichkeiten einer Lösung nachzudenken und daß die Pariser Beschlüsse diese Möglichkeit nicht enthalten. Die Beurteilung, die das Werk von Paris in Deutschland gefunden hat, ist somit vom Verband in wesentlichen Teilen als zutreffend anerkannt worden. Diesmal sind es die gegnerischen Regierungen, denen, mit der Aufgabe, ihren Vorschlag zu verteidigen, die Beweislast aufliegt.

Sie wird nicht leicht zu tragen sein. Denn wenn auch der neue Vorschlag als eine Verbesserung des Pariser Abkommens gedacht sein mag, d. h. als eine Anpassung der Erfüllungsmittel an die wirtschaftlichen Tatsachen, so beseitigt er nicht dessen Grundfehler: Er soll, auch er, den Pariser Beschlüssen im Gesamtertrag „gleichwertig" sein. Die Pariser Forderung ist unter keinen Umständen mit der deutschen Leistungsfähigkeit auszugleichen. Was nützt es, an der einen Seite ein mißlungenes Stück von ihr abzuschneiden, um es am andern Ende wieder anzuflicken? Die Verbandsmächte haben anerkannt, daß eine zeitliche Ausdehnung der deutschen Tributpflicht auf 42 Jahre dem Schuldner nicht zuzumuten ist, abgesehen davon, daß sie dem Friedensvertrag widerspricht. Sie schlagen also 30 Jahre vor, verlangen aber, daß in diesen 30 Jahren insgesamt genau so viele Milliarden gezahlt werden sollen, wie sonst in 42, nämlich 226 Milliarden zuzüglich des erwarteten Ertrages aus den Ausfuhrabgaben. Es wird also, da der „Jetztwert" einer in 30 Jahren entrichteten Milliardenzahl beträchtlich höher ist, als der einer gleichen auf 42 Jahre verteilten, tatsächlich mehr verlangt, als in Paris. Auch die Ausfuhrabgaben, wie sie im Pariser Abkommen vorgesehen waren, scheinen dem Verbande jetzt zweckmäßig angelegt; er verbessert diesen Fehler, indem er sie von 12 auf 30 vom Hundert erhöht... Im übrigen scheint die Durchführung nach dem Muster der uns angedrohten handelswirtschaftlichen — Sanktionen gedacht zu sein; die also aus einer vorübergehenden „Strafmaßregel" zur ständigen Einrichtung entwickelt würden.

Freilich sind die festen Jahreszahlungen auf 3 Milliarden jährlich also 90 Milliarden im Ganzen, herabgesetzt. Dafür jedoch erwartet man von der nunmehr 30 prozentigen Ausfuhrabgabe einen Ertrag, der im Beharrungszustand auf 6 bis 8 Milliarden geschätzt wird. Das wären demnach, wenn man für die ersten fünf Jahre etwa die Hälfte einsetzt, in 30 Jahren 195 Milliarden, zusammen mit den festen „Annuitäten" 285 Milliarden. Nach dem Pariser Abkommen erwartete man, einschließlich der Ausfuhrabgaben, 310 Milliarden in 42 Jahren. Mit 5 v. H. zurückverzinst, ergab diese Summe einen „Jetztwert" von etwa 114 Milliarden, während die 30 jährigen Zahlungen nach dem neuen Plan einen Jetztwert von mindestens 126 Milliarden erreichen würden. Dennoch sieht der Verbandsvorschlag bereits vor, daß die zur „Gleichwertigkeit" noch fehlenden Summen durch die Reparationskommission besonders festgestellt und eingefordert werden sollen.

Nach all dem ist der Vorschlag nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung des Pariser Abkommens; und die Antwort von deutscher Seite kann abermals nur lauten: Unannehmbar!

*

Die Alliierten lehnen die Vertagung ab.

Berlin, 8. März. (Drahtbericht des Wolffschen Telegraphenbüros.) In der heutigen Sitzung der Londoner Konferenz schlug der deutsche Außenminister Dr. Simons eine vorläufige Regelung für die nächsten 5 Jahre mit Annuitäten in der Höhe der Pariser Beschlüsse und ein Äquivalent für die Ausfuhrabgabe vor. Sollte auf einer endgültigen Regelung bestanden werden, so müsse die deutsche Delegation um 3 Tage Frist bitten, um sich mit dem Reichskabinett in Berlin in Verbindung zu setzen. Der englische Ministerpräsident Lloyd George erklärte, über die Antwort der Alliierten könne kein Zweifel bestehen. Die Formulierung dieser Antwort erfordere aber die Anberaumung einer neuen Sitzung auf 4½ Uhr.

Die Ausführungen Dr. Simons' in der Montagvormittags-Sitzung.

Aus London wird vom Montag gemeldet:

Die Sitzung des Obersten Rates, an der die deutschen Vertreter teilnahmen, begann pünktlich 12 Uhr. Dr. Simons begann sofort mit seiner Rede. Er erinnerte daran, unter welchen Umständen die deutschen Gegenvorschläge am letzten Donnerstag abgelehnt worden waren. Die deutsche Abordnung sah sich dadurch veranlaßt, ihren ursprünglichen Plan aufzugeben und den Gedanken aufzugreifen, ein provisorisches Abkommen zu treffen, wie es die Sachverständigen in Brüssel empfohlen hatten. Deutschland würde sich verpflichten, die Entschädigung vorher für 5 Jahre zu zahlen. Die deutschen Sachverständigen sind überzeugt, daß gegenüber dem ungeheuren Entschädigungsproblem man zu einer endgültigen Lösung nicht vor Ablauf dieser Frist gelangen könnte. Die deutschen Sachverständigen leugneten auch nie die Möglichkeit, daß die Gesamtsumme der deutschen Entschädigungszahlung gemäß dem Abkommen von Paris festgesetzt werden könne. Unter dieser Bedingung würde Deutschland sich verpflichten, die Jahreszahlungen zu entrichten, wie sie im Abkommen von Paris vorgesehen sind, aber nur für einen Zeitraum von fünf Jahren. Deutschland würde auch die Ausfuhrtaxe von 12 Proz. bewilligen, obgleich diese Maßregel nicht sehr praktisch erscheine. Um die Zahlungen leisten zu können, müsse Deutschland eine internationale Anleihe bewilligt werden. Dr. Simons erklärte weiter, dieser Vorschlag könne nur aufrechterhalten bleiben, wenn folgende Bedingungen zugestanden würden:

Oberschlesien müsse bei Deutschland bleiben, der Welthandel müsse frei werden und in wirtschaftlicher Beziehung müsse überall vollkommene Gleichheit aufrechterhalten werden.

Unter diesen Bedingungen könnte Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen. Wenn die Alliierten sie annähmen, würde Deutschland ein bestimmtes Angebot machen. Zu diesem Zwecke verlangt es aber eine achttägige Frist, um die Regierung in Berlin zu befragen.

Dann wandte sich Simons der Zurückweisung der letzten Rede von Lloyd George zu. Er lehnte es ab, anzuerkennen, daß Deutschland allein die Verantwortung am Kriegsausbruch trage. Er erinnerte an die napoleonischen Kriege, um die Prinzipien zu rechtfertigen, die im Frieden von Frankfurt a. M. vorgewaltet hatten. Dr. Simons erklärte, daß Deutschland sich seiner Pflichten bewußt sei, daß es die Entschädigungen zahlen wolle, daß es tief betroffen sei von den Verwüstungen, die in Nordfrankreich angerichtet wurden, daß es bereits viel getan habe, um dieses Unglück wieder gut zu machen, daß gegenwärtig die deutschen Steuerzahler schwerer belastet seien, wenn man die deutschen Einkünfte betrachte, als die französischen oder englischen. Dr. Simons erklärte zum Schluß, daß die Zwangsmaßnahmen der Alliierten dem Versailler Vertrag widersprechen.

Die Sitzung wurde um 1,30 Uhr unterbrochen und um 4,30 Uhr wieder aufgenommen. Vor Schluß der Vormittagssitzung erklärte Lloyd George bereits, daß die deutsche Abordnung an dem Ergebnis der Beratung nicht zweifeln könnte.

Die deutsche Delegation reist heute nachmittag von London ab!

Berlin, 8. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Nach den an Berliner amtlicher Stelle vorliegenden Nachrichten verläßt die deutsche Delegation heute nachmittag 2 Uhr London und wird Mittwochnachmittag in Berlin eintreffen. Die Nachricht, daß noch nach dem Abbruch der eigentlichen Konferenz Verhandlungen zwischen den Sachverständigen stattgefunden haben, wird von hiesiger amtlicher Seite dementiert.

Kabinettssitzung in Berlin.

Berlin, 8. März. (TU.) Das Reichskabinett trat gestern abend 9 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um über die durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen geschaffene Lage zu beraten. Die Sitzung dauerte bis in die späten Nachtstunden hinein, da man alle Nachrichten abwarten wollte.

Berlin, 8. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Die Sachverständigen, die an der Ausarbeitung unserer Kritik an den Pariser Beschlüssen der Alliierten und an der Vorbereitung unserer Gegenvorschläge mitgearbeitet haben, haben sich ebenfalls heute vormittag versammelt. Man wird versuchen, Grundlagen für neue Verhandlungen zu finden, falls solche, wie aus den letzten Äußerungen des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George entnommen werden kann, angeregt werden.

Regierungserklärung im heutigen Reichstag.

Berlin, 8. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Wie wir hören, wird in der heutigen Sitzung des Reichstages der Reichskanzler eine kurze Erklärung über die durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen entstandene Lage abgeben. Vorher treten Regierung und Parteiführer zu einer Besprechung über die Erklärung des Reichskanzlers und die gesamte politische Lage zusammen.

Die wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen in Deutschland.

Berlin, 8. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Über die wirtschaftlichen Folgen, die die Durchführung der feindlichen Sanktionen für uns haben werden, erklärte ein Vertreter des Reichskohlenkommissars, daß der Hafen von Duisburg-Ruhrort bisher bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit für den Kohlentransport in Anspruch genommen wurde. Wenn nun die militärische Besetzung dieses Hafens und gleichzeitig die Errichtung der angedrohten Zollgrenze den Verkehr hindern, so genügt der kleinste Anlaß, um die gesamten Kohlentransporte zum Stocken zu bringen. Hiernach würde nicht nur das linksrheinische Gebiet sehr zu leiden haben, sondern auch die Kohlenlieferungen an die Entente würden wesentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Ganz besonders würde Süddeutschland leiden, da die Kohlenlieferungen für diesen Landesteil ausnahmslos aus diesem Hafen kommen.

Berufung deutscher Botschafter nach Berlin.

Berlin, 88. März. (WTB.) Die deutschen Botschafter in Paris und London, sowie der deutsche Gesandte in Brüssel sind nach Berlin berufen worden.

Der Vormarsch und die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort durch die Feinde.

London, 8. März. Obwohl gerüchtweise verlautet, daß die Albershot-Division in Bereitschaft gehalten wird, um nach dem Rhein abzugehen, wird offiziös gemeldet, daß keine neuen englischen Truppen entsandt werden sollen. Die Besetzung neuer Gebiete soll von französischen und belgischen Truppen ausgeführt werden.

Paris, 8. März. (WTB.) Laut „Petit Parisien" wird die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort von zehn Bataillonen ausgeführt. Im französischen Kriegsministerium wird erklärt, daß die Besetzung von französischen, belgischen und englischen Truppen ausgeführt werde.

Rom, 8. März. (TU.) Der gestern unter dem Vorsitz von Giolitti zusammengetretene Ministerrat beschäftigte sich in der heutigen Nacht mit der internationalen Lage. Ministerpräsident Giolitti erklärte, daß im Falle der Durchführung der Sanktionen der Alliierten gegen Deutschland sich Italien jeder Beteiligung hieran enthalten werde.

Düsseldorf, 8. März. In Düsseldorf wurden die Vorbereitungen für einen etwaigen Einmarsch der Ententetruppen schon vorgestern getroffen. In erster Linie wurden die Kasernen von der dort einquartierten Schutzpolizei zum Teil geräumt, um Unterkommen für etwaige Besatzungstruppen zu schaffen.

Die „Bergisch-Märkische Zeitung" meldet aus Opladen: Seit gestern mittag ziehen durch die Stadt Franzosen in der Richtung auf Düsseldorf. Die Zahl der bis zur Stunde, nachmittags 5 Uhr, durchmarschierten Truppen wird auf etwa 1000 Mann geschätzt.

Dasselbe Blatt meldet aus Solingen: Das Bürgermeisteramt von Solingen ist von der englischen Besatzungsbehörde aufgefordert worden, für die Unterbringung einer Besatzungstruppe von 1000 bis 1500 Mann Vorkehrungen zu treffen.

Die Franzosen befördern gestern und heute rheinabwärts auf Schiffen bewaffnete Truppen. Drei Schiffe haben bereits Koblenz passiert. Zehn weitere Schiffe sind angemeldet.

Düsseldorf, 8. März. (TU.) Düsseldorf und Ruhrort sind im Laufe des Nachmittags besetzt.

Duisburg, 8. März. (WTB.) Ruhrort ist in der vergangenen Nacht besetzt worden. Die äußeren Stadtviertel von Duisburg sind heute früh 6 Uhr von belgischen Truppen besetzt worden.

Düsseldorf, 8. März. (WTB.) In den frühen Morgenstunden rückten französische Truppen von der Grenze des besetzten Gebietes her in unsere äußeren Stadtviertel mit Panzerautomobilen und Kavallerie ein, während feindliche Flieger die Stadt überflogen.

Berlin, 8. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Über die Besetzung von Düsseldorf wird noch berichtet, daß um 4 Uhr früh heute morgen belgische Infanterie- und Kavallerietruppen Düsseldorf besetzten. Sämtliche Güter- und Personenbahnhöfe sind besetzt. Im Hofgarten wurden Geschütze aufgefahren und Schützengräben angelegt. Über der Stadt kreisen seit 4 Uhr früh feindliche Flieger. Auch zwei mit Anamiten besetzte Tanks sind eingetroffen.

Beschießung des aufständischen Petersburg.

Kopenhagen, 8. März. Nach neuen Meldungen aus Kronstadt hat gestern das Bombardement von Petersburg begonnen, anscheinend mit schwerer Flottenartillerie. Das Feuer wird von Petersburg erwidert.

Bericht über die Nachmittagssitzung.

London, 8. März. In der gestrigen Nachmittagssitzung der Londoner Konferenz erklärte

Lloyd George,

daß er zu seinem großen Bedauern im Namen der Alliierten feststellen müsse, daß die Vorschläge, die Dr. Simons heute morgen gemacht hat, nicht unannehmbar seien und trotz des gegenwärtigen Zeitaufschubs die Hinausschiebung der Sanktionen nicht rechtfertigten. Die Freunde des Deutschtums in den alliierten Ländern und in Deutschland seien bisher darüber einig gewesen, daß eine definitive Regelung der Schadensfrage zur Wiederaufnahme der Weltwirtschaft notwendig sei. Die alliierten Sachverständigen hätten ja allerdings einen 5-Jahresplan aufgestellt. Dieser sei aber von seinem Staatsmann in den alliierten Ländern angenommen worden. Die Alliierten müßten genau wissen, woran sie seien. Bevor Deutschland nicht Vorschläge mache, gebe es keinen Frieden. Wenn er in dieser Richtung die Vorschläge Dr. Simons unterzeichne, so müsse er sagen, daß sie anscheinend der Grundlage der Pariser Beschlüsse entsprächen, aber sie seien Bedingungen unterworfen, die in den nächsten 5 Jahren umgeworfen werden könnten. Wenn insbesondere das Plebiszit in Oberschlesien ganz oder teilweise ungünstig ausfalle, so sei Dr. Simons berechtigt, zu erklären, daß eine neue Situation geschaffen sei. Es sei kein Vorschlag für 5 Jahre, sondern nur für 5 Wochen. Über die sonstigen von der deutschen Delegation gemachten Reserven brauche er nicht erst zu reden, weil die Reserven für Oberschlesien alles andere hinfällig machen. Und was geschehe nach 5 Jahren? Hierüber lägen keine Vorschläge, kein Minimum, kurz, nichts vor, womit die Alliierten, besonders die, die zur Wiederherstellung ihrer verwüsteten Gebiete rasch Geld erheben müßten, etwas anfangen könnten. Gewisse Sätze der heutigen Rede von Dr. Simons zeigten, daß Deutschland die Situation überhaupt noch nicht verstanden habe. Dr. Simons habe von den ungeheuren Opfern gesprochen, die das Provisorium erfordere. Wenn Oberschlesien verloren gehe, werde Deutschland 10 Millionen mehr Bevölkerung haben als Großbritannien. Um die großbritannische Schuld an Pensionen, Kriegsbeschädigtenunterstützung usw. zu begleichen, seien 500 Millionen Pfund Sterling notwendig. Wenn Deutschland dieses Jahr die Pariser Beschlüsse ausführe, so würde es für alle Alliierten 125 Millionen Pfund Sterling, also ein Viertel der Summe verwenden, die Großbritannien allein aufbringen müsse. Frankreich müsse außer den Kriegsschulden und Pensionen allein für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete 12 Milliarden Franken jährlich zahlen. Deutschland brauche dagegen nur ein Neunzel der von Frankreich aufzuwendenden Summe flüssig zu machen. Der andere auffällige Punkt sei die Weigerung Dr. Simons,

die Verantwortlichkeit für den Krieg anzunehmen.

Dieser Punkt sei der Fundamentalsatz des Friedensvertrags. Dr. Simons habe die Geschichte zur Revision des Schuldbekenntnisses ange-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210308-12/fragment/page=0001

rufen. Er frage, wann die Geschichte zu laufen beginne. Wenn Dr. Simons von einem Vorschlag von 5 Jahren spreche, dann sei es für die Alliierten ein unbehagliches Gefühl, daß nach diesen 5 Jahren eventuell die Frage der Verantwortlichkeit als Revisionsgrund des Friedensvertrags angenommen werden könnte. Die Pariser Beschlüsse stellten einen großen Nachlaß der Versailler Bedingungen dar. Die Alliierten hätten immer betont und wiederholten, daß sie über die Zahl der Annuitäten mit sich reden lassen wollten, sowie über eine der Ausfuhrabgabe äquivalente andere Regelung einer Beteiligung der Alliierten an der Besserung der deutschen Lage. Sie müßten aber auf zwei Punkten bestehen:

1. müsse unverzüglich der Gesamtbetrag der von Deutschland zu bewirkenden festen Zahlungen oder die Faktoren festgelegt werden, die als Basis für eine Festsetzung dienen sollten;

2. müsse die Zahlungsweise der Annuitäten geregelt werden. Ein bloßer Papiervertrag genüge nicht den Interessen der Alliierten.

Im Interesse Deutschlands und der Welt sei eine definitive Regelung unerläßlich. Die Vorschläge, die Dr. Simons unterbreitet habe, könnten nur diese Regelung verzögern. Lloyd George schloß mit der Bemerkung, daß zu ihrem großen Bedauern die Alliierten zu dem Entschluß gekommen seien, daß die Sanktionen sofort in Kraft treten müßten. Die Sitzung wurde auf eine halbe Stunde ausgesetzt, um der deutschen Delegation Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Nach Wiedereröffnung der Sitzung gab

Dr. Simons

folgende Erklärung ab:

Herr Präsident! Meine Herren!

Ich muß bedauern, daß auch heute wieder der Zweck der neuen deutschen Vorschläge mißverstanden worden ist. Auch für uns waren die Nachteile einer provisorischen Regelung nicht zweifelhaft, und wir haben diese fünfjährige vorläufige Regelung nur unter dem Zwang des Ultimatums, das heute endet, vorgebracht, weil wir glaubten, eine bestimmte Maßnahme vorschlagen zu müssen. Lieber hätten wir eine Gesamtregelung vorgesehen, und deshalb haben wir ursprünglich eine Gesamtregelung vorgeschlagen. Auch jetzt noch würden wir eine solche weitaus vorziehen. Wir hatten aber keinen zweiten Vorschlag in der Tasche, sondern mußten nach der Ablehnung des ersten einen neuen Weg suchen und haben uns um diesen neuen Weg sowohl hier in der Delegation als in Berlin im Kabinett bemüht. Wir sind beauftragt, und ich habe den Auftrag ausgeführt, die Konferenz um einen kurzen Zeitaufschub zu bitten, um mit dem Kabinett über die Gesamtregelung Fühlung nehmen zu können. Ich stelle fest, daß auch dieser deutsche Vorschlag unbeachtet geblieben ist. Aus dieser Tatsache ergibt sich schon, daß die Besorgnis unbegründet ist, als wollten wir das Provisorium dazu benutzen, um nach seinem Ablauf eine Revision des Friedensvertrags durchzusetzen. Im Gegenteil, das deutsche Volk hat die Schadenersatzpflicht als Ganzes übernommen und ist bereit, in den Grenzen des Möglichen ihr nachzukommen. Wir sind deswegen auch bereit, einzugehen auf den Gedanken des Herrn Präsidenten der Konferenz, wonach den alliierten Regierungen das Recht gegeben werden soll, einen Teil des Preises zu beschlagnahmen, den die Käufer in den alliierten Ländern für die aus Deutschland eingeführten Waren zu zahlen haben, damit dieser Teil des Preises an das Schatzamt abgeführt und auf Reparationskonto überrechnet wird. Ich habe den Vorschlag meiner Regierung zur Berücksichtigung empfohlen und bedauere nur, daß der Gedanke in der öffentlichen Meinung Deutschlands dadurch geschädigt worden ist, daß er in die Sanktionen aufgenommen wurde. Auch in diesem Punkt ist die deutsche Delegation mit dem Gedanken des Herrn Präsidenten völlig einig, daß es jetzt darauf ankommt, mit möglichster Beschleunigung festzustellen, welches die Ziffern der festen Leistungen sind, die durch Deutschland ausgeführt werden müssen und welches die Faktoren der varibelen Leistungen sind, die Deutschland im Falle des Wiederaufblühens seiner Wirtschaft zu zahlen haben würde. Wir sind ferner einverstanden damit, daß in eine Prüfung eingetreten wird über die Art und Weise, in der Deutschland seine festen und varibelen Leistungen an die einzelnen Länder machen kann. Über alle diese Punkte sollte m. E. möglichst bald eine Besprechung zwischen Sachverständigen veranlaßt werden. Es ist schade, daß, wenn es zu solchen Besprechungen kommen sollte, sie eine Atmosphäre vorfinden würden, die durch die Einführung der Sanktionen wesentlich verschlechtert sein wird. Ich fühle mich verpflichtet, gegen die Sanktionen, die in diesem Augenblick endgiltig über uns verhängt werden, nochmals mit allem Nachdruck Verwahrung einzulegen. — Die Sitzung war beendet.

Havas bestätigt den Bruch.

Havas meldet: Die Verbündeten haben in vollem Einverständnis beschlossen, die deutschen Gegenvorschläge als unannehmbar zu betrachten. Die Verhandlungen sind daher abgebrochen worden. Es wurde außerdem beschlossen, der deutschen Abordnung bekanntzugeben, daß die Sanktionen verschärft werden.

Die Deutschen reisen Dienstag ab.

London, 7. März, abends 8 Uhr. (WTB.) Die deutsche Delegation beabsichtigt, morgen die Heimreise nach Berlin anzutreten. Nach einer Reutermeldung aus London wird der Beginn der militärischen Operationen auf morgen festgesetzt.

Ein unmöglicher Vorschlag von Lloyd George.

Lloyd Georges letzter Plan für eine „Lösung" der Entschädigungsfrage ging in inspirierten Meldungen in zweien seiner Sonntagsblätter dahin, daß die deutsche Ausfuhr zum mindesten nach den alliierten Ländern die Hälfte ihres Wertes den alliierten Regierungen in eine gemeinsame Kasse zahlen sollte, für welchen Betrag die deutsche Regierung die Exporteure aus den erhöhten Steuern zu entschädigen hätte. Dieser Plan, so wird versichert, wird Deutschland „erlauben", die Pariser Forderungen zu erfüllen und seine Verpflichtungen viel schneller abzutragen, als irgend jemand heute glaubt, wobei naiverweise angenommen wird, daß der Umfang der deutschen Ausfuhr unverändert bleibt.

Garvin plädiert im „Observer" für eine Verständigung über die nächsten fünf Jahreszahlungen und eine neue internationale Konferenz nach Ablauf der fünf Jahre, eine Idee, die auch in Simons Interview auftaucht und auf die man, wenn auch nicht jetzt, zurückgreifen wird. Natürlich denkt sich Simons eine solche provisorische Lösung auf Grund der Zahlen der deutschen Vorschläge, während die Alliierten sich auf die Pariser Zahlen gründen wollen.

Eine Reutermeldung, wonach Simons gestern mit Lloyd George und Briand konferiert habe, entbehrt jeder Grundlage.

Was Deutschland nicht tragen kann.

Der deutsche Außenminister Dr. Simons hatte bereits für die „Sunday Times" eine Antwort an Lloyd George zusammengestellt, in der er sehr wirkungsvoll für das englische Publikum unseren Standpunkt dargelegt hat. Seine Hoffnungen auf eine vorläufige Vereinbarung sind zunächst zunichte geworden. Dennoch dürfen folgende Sätze aus Dr. Simons' Darlegungen von Interesse sein: Deutschland will für den Kriegsschaden entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bezahlen. Nach dem Friedensvertrag darf die Wiedergutmachungsleistung Deutschland als wirtschaftliches Ganzes nicht zerstören. Unser Standpunkt ist, daß die Pariser Zahlen das tun werden — es gibt keine andere Folge. Ich selbst wünsche einen Ausgleich und dauernden Frieden. Ich fürchte, daß die Aufzwingung der Pariser Vorschläge zukünftige Feindschaften aussät. Wir möchten, daß die Alliierten anerkennen, daß Deutschland ernstlich seiner Verpflichtungen sich entledigen, seine Schuld zahlen und seinen Teil am Wiederaufbau Europas beitragen will. Aber Deutschland und das deutsche Volk werden sich nicht einer Politik unterwerfen, die ihm auf unabsehbare Zeit immer wieder seine Schuld vorwirft und 42 Jahre lang auf Deutschland herumtrampelt. Wir sind noch eine Nation. Selbst der Friedensvertrag gibt das zu. Gewisse Kreise haben behauptet, daß meine Vorschläge nach Anleitung von Herrn Stinnes abgefaßt seien. Aber die Zeitung des Herrn Stinnes hat mich und die Regierung seit Dienstag scharf angegriffen.

Dr. Simons' letzte Rede.

Dr. Simons' lange Rede am Montag nachmittag war, wie uns von einem Sonderberichterstatter aus London gemeldet wird, würdevoll und dürfte dem Empfinden des deutschen Volkes entsprechen. Sie rief öfter Bewegung unter den Delegierten hervor, besonders in der energischen Abweisung der Behandlung der Schuldfrage und der Betonung, daß darüber nur die Weltgeschichte entscheiden könne und keine Unterschrift oder Zwang. Ebenso bei der Ausführung, daß die Androhung der Sanktionen gegen den Völkerbund verstoße und daß Deutschland sofort dagegen feierlich an den Völkerbund appellieren werde.

Die Vorbereitungen der Entente zur Ausdehnung der Besetzung.

Münster, 8. März. An hiesiger amtlicher Stelle lagen bis Montag 10 Uhr abends folgende Meldungen über drohende Besetzung vor:

Der Verkehr auf dem Rhein zwischen Düsseldorf und Duisburg wickelt sich zur Stunde noch ungestört ab. Die Rheinbrücken können ungehindert passiert werden. In Neuß sollen ein General, 40 Offiziere und 150 Mann eingetroffen sein. In Benrath sollen 20 Quartiermacher nachmittags erschienen und abends etwa 600 Mann eingerückt sein. Eine bestätigte Meldung besagt, daß von Koblenz aus rheinabwärts größere Truppenmengen auf Schiffen unterwegs sind. Eine weitere zuverlässige Meldung besagt, daß von Opladen aus in Richtung Benrath Infanterie, Kavallerie und Artillerie in Stärke von 1500 Mann unterwegs sind. Man erwartet im Laufe der Nacht die Besetzung. Nach einer Privatmeldung sollen in Oberkassel neue Geschütze eingebaut worden sein.

Die Franzosen marschieren bereits.

Düsseldorf, 8. März. Wie aus Benrath, das an der Grenze des besetzten Gebiets liegt, gemeldet wird, sind dort die ersten französischen Truppen eingetroffen, die für die Besetzung von Düsseldorf in Frage kommen.

Der Reichspräsident an die bedrohten Gebiete.

Laut „Rhein. Westf. Ztg." wurde in Düsseldorf abends 8 Uhr folgende vom Reichspräsidenten und vom Reichskanzler unterzeichnete Proklamation angeschlagen:

Mitbürger! Unsere Gegner im Weltkriege haben unerhörte und unerfüllbare Forderungen an Geld und Gut an uns gestellt. Wir selbst nicht nur, auch unsere Kinder und Enkel sollen die Arbeitssklaven der Gegner werden. Durch unsere Unterschrift sollten wir einen Vertrag besiegeln, den auszuführen auch die Arbeit von Generationen nicht genügt hätte. Das konnten wir nicht tun, unsere Selbstachtung verbietet es uns. Unter vollständigem Bruch des Friedens-Vertrages von Versailles sind die Gegner zur Besetzung weiteren deutschen Gebietes geschritten. Der Gewalt können wir Gewalt nicht entgegensetzen. Wir sind wehrlos. Aber hinausrufen können wir es, daß alle es hören, die noch die Stimme der Gerechtigkeit erkennen: Recht wird hier zertreten durch Gewalt. Mit den Brüdern, die die Fremdherrschaft erdulden müssen, leidet das ganze deutsche Volk. Enger zusammenschmieden soll uns dieses Leid zu einigem Fühlen, einigem Wollen. Mitbürger! Tretet der fremden Gewaltherrschaft mit ernster Würde entgegen, bewahrt euren aufrechten Sinn, aber laßt euch nicht zu unbesonnenen Taten hinreißen! Habt Vertrauen! Die Reichsregierung wird nicht eher ruhen, bis die Gewalt vor unserem Rechte weichen muß!

Die deutsche Presse zum Abbruch der Londoner Verhandlungen.

Berlin, 8. März. Einstimmig bezeichnen die Morgenblätter das Inkraftsetzen der Sanktionen als einen Bruch des Friedensvertrages. Sie ermahnen aber gleichzeitig das deutsche Volk, das neue Leid mit Geduld, Fassung und Würde zu ertragen.

Das „Berl. Tagebl." schreibt: Deutschland hat, nachdem es nun auch noch die letzten Angebote machte, einen bis zum Selbstmord gehenden Verständigungswillen gezeigt. Es ist bereit gewesen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu ermöglichen, und jede jährliche Abschätzung würde den Beweis erbringen, daß mit dem Gelde, das Deutschland hergeben wollte, dieser Aufbau sich durchführen, alle wirkliche Not beseitigen läßt. Aber warum kam man in London zu keinem Resultat? Weil Herr Briand einen parlamentarischen Erfolg braucht und Lloyd George Briand halten wollte, um ein unbequemes Kabinett Poincare zu vermeiden. Schießlich aber, weil Deutschland nicht neben allem übrigen auch noch die Gewinnaufschläge französischer Wiederaufbauspekulanten bezahlen kann. Daß das deutsche Volk im Schrecken über die Sanktionen sein Gleichgewicht verloren habe, wird niemand behaupten können, der es sieht. Mit einer Haltung, wie sie im Telegramm des Oberbürgermeisters von Duisburg an den Reichskanzler zum Ausdruck kommt, wird es nicht schwer sein, den alliierten Nationen die Erkenntnis beizubringen, daß ihre Staatsmänner in London nicht von hoher Weisheit geleitet gewesen sind. Sie können heute in Siegesstimmung schwelgen, aber sie werden nicht sehr satt von dem Lorbeergemüse werden, das man ihnen anstatt des abgelehnten nahrhaften Gewinnes aus London bringt.

Auch die „Germania" betont, daß Deutschland seinen guten Willen zur Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen auf der Londoner Konferenz bis zum Alleräußersten bewiesen hat. Die alliierten Staatsmänner, die einst für Gerechtigkeit und Freiheit das Schwert gezogen haben wollen, kehren heute weniger Milliarden, nein, nicht einmal um dieser willen, sondern um ein Nichts zur rücksichtslosen Vergewaltigung des wehrlosen Deutschland zurück. Die Londoner Konferenz hat einen Erfolg gehabt, sie hat die wahren Gesinnungen der Entente so vollkommen ins Tageslicht gerückt. Mag das Unrecht heute noch einmal triumphieren, es wird uns nicht wieder beugen. —

Sowohl der „Lokalanzeiger" als auch die „Tägliche Rundschau" stellen fest, daß die Entente von vornherein den Bruch gewollt habe, um durch den neuen Gewaltakt die französischen Militaristen zu befriedigen. Wie das letztgenannte Blatt hervorhebt, habe der Vormarsch der französischen Truppen schon gestern zu einem Zeitpunkt begonnen, als man in London noch verhandelte oder sich den Anschein gab, als prüfe man noch ernstlich die deutschen Angebote. Der „Vorwärts" nennt die Zwangsmaßregeln den Gipfelpunkt wirtschaftspolitischer Impotenz und wirtschaftspolitischer Ratlosigkeit seitens der Alliierten. Die Besetzung der rechtsrheinischen Städte wird die Empfindung gegen die Alliierten nicht verbessern. Die Drohung, daß bei der Bezahlung aller Wareneinkäufe, die die Ententestaaten in Deutschland machen, ein gewisser Prozentsatz einbehalten wird, bezeichnet das Blatt als die versteckte Einführung des Schutzzolles in den alliierten Ländern.

Französische Pressestimmen.

Paris, 8. März. „Temps" schreibt: Die Politik des Deutschen Reiches bewahrt ihre beiden charakterischen Züge: 1. die Alliierten zu verhindern, irgendein wertvolles Pfand in Händen zu haben und 2. ihnen keine bestimmte Verpflichtung zu überliefern. Deutschland wolle mit Hilfe von Oberschlesien Bergwerke und Fabriken, die weit ab von den französischen Kanonen lagen, als Mittel behalten, den Krieg wieder anzufangen. Solange Deutschland diesen Weg gehe, gebe es zwischen ihm und den Alliierten einen Widerspruch, den kein freundschaftliches Übereinkommen verwischen könne. Deutschland wolle nicht bezahlen und die Revanche vorbereiten. Die Alliierten wollten Bezahlung der Reparation und Aufrechterhaltung des Friedens. Das Blatt schließt mit dem Ausruf: Pfänder!

Provinz und Nachbarländer.

b. Halle, 8. März. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurden drei wichtige Vorlagen verabschiedet. Ohne wesentliche Änderungen genehmigte man eine neue Gewerbesteuerordnung, die 4½ Millionen Mark Mehreinnahmen bringen soll und in ihren Sätzen so bemessen ist, daß in Gewerbesteuerklasse I künftig etwa der dreifache Betrag, in Klasse II der zweieinhalbfache und in Klasse III der doppelte Betrag zu zahlen ist, während die Klasse IV eine Erleichterung erfährt. Die Stadtverordneten sprachen dabei die Hoffnung aus, daß die Einnahmen, die unserer Gemeinde aus der Reichseinkommensteuer und aus der Umsatzsteuer zustehen, Summen ergeben werden, die als eine Entlastung für den stark angespannten Etat wirken. Auch die neue Wertzuwachssteuerordnung, von der der Magistrat sich 300000 ℳ neue Einnahmen verspricht, wurde angenommen. Für die Errichtung von 82 Wohnungen an der Merseburger- und Freiimfelderstraße bewilligte man 5,1 Millionen Mark, doch wird erwartet, daß von Reich und Staat etwa 1¾ Millionen Mark als Zuschüsse zurückerstattet werden. Die Unabhängigen stellten bei diesem Punkt den Antrag, der Magistrat möge die Arbeiten in eigener Regie ausführen. Stadtbaurat Jost wandte sich gegen den Antrag, der die Stadt in gewaltige Neuausgaben stürze, denn bei der eigenen Regie müsse man sich eine umfassendere Organisation schaffen für den Ankauf von Baumaterialien, für Lagerung, für Kalkulation und Lohnabrechnung, für Betriebe von Eigenwerkstätten zum Beispiel für Holzbearbeitung. Es sei aber zweifelhaft, ob die Stadt in den nächsten Jahren soviel Bauten ausführen könne, daß diese Anlagen dann einigermaßen verwertet werden könnten. Neukölln, das sich einen musterhaften Regiebetrieb eingerichtet habe, habe zunächst recht gut gearbeitet, weil es im richtigen Moment Holzgerät, Bauhölzer usw. einzukaufen verstanden hatte, jetzt aber habe man dort für den Regiebetrieb keine Arbeit mehr und bewerbe sich nun auswärts, z. B. in Hannover, um Bauarbeiten. Der günstige Holzankauf habe die Sache bisher aufrechterhalten; jetzt drohen schwere Verluste. Auch bürgerliche Fachleute unter den Stadtverordneten warnten vor dem eigenen Betrieb. Aber durch ein Zufallsspiel, dadurch daß zufällig drei bürgerliche Stadtverordnete außerhalb des Saales weilten, wurde der Antrag auf eigene Regie mit 32 Stimmen der drei sozialistischen Parteien gegen 30 bürgerliche angenommen. Es ist jedoch kein Zweifel, daß der Magistrat diesem Beschluß nicht beitreten wird.

b. Halle, 8. März. Der Direktor des hiesigen Stadtgymnasiums Schmidt ist zum 1. April zum Leiter des staatlichen Domgymnasiums in Magdeburg berufen worden.

† Halle, 8. März. Der frühere Leiter der städtischen Oberrealschule, Professor Dr. Albrecht Thaer, ist im Alter von 65 Jahren in Gießen gestorben. — Das Solbad „Bad Wittekind" kann in diesem Jahre auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken.

† Weißenfels, 8. März. Der Magistrat von Weißenfels hat nach dem Muster der Naumburger Stadtverwaltung die Herausgabe einer Serie von Notgeldscheinen beschlossen. Zur Erreichung guter Entwürfe sind Preise von 750, 500 und 300 ℳ ausgesetzt.

† Schkölen, 8. März. Die 20jährige Tochter des Fleischermeisters Bornschein hat sich aus Schwermut im hiesigen Gemeindeteich ertränkt.

† Bitterfeld, 8. März. Die Leipziger Messe hatte bekanntlich auch schon zu jener Zeit, als es noch keine oder wenig Eisenbahnen gab, und die Verkäufer und Einkäufer den Weg nach und von Leipzig zur Messe mit Geschirr zurücklegen mußten, eine außerordentlich große Bedeutung für das ganze deutsche Wirtschaftsleben. 30 Kilometer nördlich von Leipzig, dicht bei Bitterfeld, schneiden sich die beiden großen Verkehrsstraßen Berlin-Halle und Magdeburg-Leipzig. Auf dieser Stelle trafen sich naturgemäß alljährlich immer wieder unzählige Leute, die nach Leipzig zur Messe wollten oder aus Leipzig kamen; sie begrüßten sich scherzhaft mit dem Spruche: „Sehn wir uns nicht in dieser Welt, so sehn wir uns in Bitterfeld". Der Spruch hat sich über einen großen Teil Deutschlands verbreitet und bis in die neueste Zeit hinein erhalten. Zu neuem Leben ist er dadurch erweckt worden, daß der Kreis Bitterfeld Notgeldscheine zu 25 und 50 ₰ hergestellt hat, die auf der Rückseite diesen Spruch tragen. Die Scheine sind in Sammlerkreisen sehr beliebt, deshalb dürfte es für diese von Interesse sein zu erfahren, daß der Kreis Bitterfeld eine neue Serie herausgegeben hat, die sich von der ersten durch schöneren Druck und stärkeres Papier unterscheidet.

Zugberaubung. — Feuergefecht mit den Dieben.

Cöthen, 8. März. Eine Zugberaubung wurde auf dem hiesigen Güterbahnhofe festgestellt. Ein in Alten mit Zucker beladener Waggon kam erbrochen und beraubt an. Die sofort aufgenommenen Nachforschungen ergaben, daß der Diebstahl zwischen Alten und Mosigkau ausgeführt worden war, wo die Diebe auf einer Strecke von nur 150 Metern 16 Sack mit je zwei Zentnern Zucker hinausgeworfen hatten. Ein Teil der Beute war sofort weggeschafft, die andere in der Nähe des Tatortes im Gebüsch versteckt und und im Acker vergraben worden. Die Stelle wurde nun scharf bewacht. Am 4. März näherten sich nun zwei Bahnangestellte mit Handwagen und Spaten, die auf die Sicherheitsbeamten sofort Revolverfeuer eröffneten, aber nicht trafen. Die Beamten schossen nun ebenfalls, worauf die Verbrecher flüchteten, aber den K. D. gezeichneten Wagen und Spaten zurückließen. Dadurch wird sich der Eigentümer feststellen lassen. Die Affäre dürfte noch weitere Kreise ziehen. — Am hellen Tage, um ½3 Uhr nachmittags, wurde in der stets sehr belebten Äußeren Heinrichstraße eine Buchhalterin des Baugeschäfts Krieg aus Bernburg von einem etwa 20 Jahre alten Radfahrer überfallen und ihrer Aktentasche mit 12000 ℳ Lohngeldern beraubt. Die Überfallene befand sich auf dem Wege von der Bahn zur Maschinenfabrik Wagner, wo die Firma Bauarbeiten ausführt. Der Geschädigte hat eine Belohnung von 2000 ℳ ausgesetzt.

Ein Protest gegen die Entente.

Weißenfels, In Schumanns Garten fand am Freitag abend eine Protestversammlung des Bürgerausschusses gegen die Londoner Beschlüsse statt, die der Vorsitzende des Bürgerausschusses, Oberlehrer Rohloff, mit einer Einleitungsansprache eröffnete, in der er näher auf die Beweggründe zu dieser Versammlung einging. Darauf sprach Herr Schüller-Halle über die Londoner Forderungen und unsere Stellungnahme dazu. In der Aussprache meldete sich Herr Fazius (Kom.) — Zum Schlusse verlas Herr Rohloff nachstehende Entschließung, die von der Versammlung angenommen wurde: „Die heute durch den Weißenfelser Bürgerbund einberufene starkbesuchte Volksversammlung erklärt nach einem Vortrage des Herrn Schüller-Halle, daß sie in dieser schweren Zeit der Verhandlungen in London allen Parteihader ablehnt und sich einmütig und geschlossen hinter die Regierung des Reiches und ihre nach London gesandten Vertreter zu stellen und die Folgen der Verhandlungen im Vertrauen auf die gerechte Sache unseres Volkes mutig und entschlossen zu übernehmen gewillt ist."

Die Gewehrsteuer marschiert.

Sonneberg, 8. März. Hier wird für Gewehre, die zur Ausübung der Jagd oder zum Scheibenschießen aller Art geeignet sind, sowie für Fischereigeräte eine Steuer erhoben. Die Steuer beträgt für Gewehre 30—150 ℳ. Steuerfrei sind Gewehre und Fischereigeräte für Gewerbetreibende, Jäger, Händler, Dienstgewehre der öffentlichen Beamten. Für Sammlungen kann eine Ermäßigung eintreten.

Ruhige Weiterentwickelung der Leipziger Messe.

Leipzig, 8. März. Am Montag traf der preußische Minister für Handel und Gewerbe Fischbeck zum Besuch der Leipziger Messe ein, ferner der sächsische Finanzminister Heldet, ferner Geheimrat Pfundtner vom Reichswirtschaftsministerium. Der Besuch der Messe nimmt weiter zu. Stündlich treffen neue Einkäufer ein. Das Geschäft entwickelt sich ruhig, aber ständig weiter. Die noch in den Abendstunden des gestrigen Tages verbreitete Nachricht von dem Abbruch der Londoner Konferenz ist auf der Leipziger Messe sehr lebhaft besprochen worden. Im allgemeinen darf zum Ausdruck gebracht werden, daß die Nachricht nicht überrascht hat, eher als eine Klärung der Situation empfunden worden ist und daß auch ein Eindruck auf das Messegeschäft bis gestern abend nicht festzustellen war. Die ruhige Aufnahme der Nachricht berechtigt zu der Annahme, daß der Abbruch der Londoner Verhandlungen bei den auf der Leipziger Messe anwesenden in- und ausländischen Einkäufern das Vertrauen in die wirtschaftliche Stärke des Deutschen Reiches nicht erschüttert, sondern eher gefestigt hat, so daß zu erwarten ist, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen, die einen relativ günstigen Einkauf ermöglichen, die Einkäufer sich schneller, als dies unter anderen Verhältnissen der Fall gewesen wäre, zum Abschluß entschließen werden.

Kleine Rundschau in der Provinz.

In Erfurt beschloß der Gartenbauverein, bei den städtischen Behörden vorstellig zu werden, wie schon vor dem Kriege einen Blumenschmuckwettbewerb wieder ins Leben zu rufen, damit der Ruf Erfurts als Blumenstadt erhalten bleibt. — Dem bei der Verteidigung Tsingtaus gefallenen Sohne des auf Kloster Zella ansässigen Generalleutnants von Fries wurde durch die Japaner eine besondere Ehrung zuteil. Zwei Japaner ließen die Leiche des deutschen Offiziers auf eigene Kosten nach Deutschland schaffen. — In Erfurt wurde der Maschinenbauer Habermalz wegen Doppelehe zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Obwohl seine Ehe noch nicht geschieden war, war er eine zweite eingegangen. — In Wackersleben drangen drei maskierte Räuber in die Wohnung der 76jährigen Witwe Tischendorf, überwältigten sie und ihre 40jährige Tochter und raubten 2600 ℳ bares Geld, Kleider, Wäsche usw. — Der Landbund der Provinz Sachsen wendet sich an die Staatsregierung mit dem Hinweis, daß rund 100000 Tonnen Hülsenfrüchte über den normalen Bedarf hinaus in Deutschland vorhanden seien, die zur Brotstreckung verwendet werden könnten. Dadurch würde die Einfuhr von ausländischem Getreide für 1½ Milliarde entbehrlich und das Brot bedeutend besser werden als es jetzt ist.

Merseburg und Umgegend.

8. März.

** An Gemeindesteuern für 1920 werden nach dem städtischen Haushaltsplan und nach Genehmigung der Aufsichtsbehörde für die Stadt Merseburg erhoben: 900 Prozent Zuschlag zur Gewerbesteuer, 806 Prozent Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer, in der Weise, daß nach Maßgabe der städtischen Steuerordnung vom 4./14. Dezember 1908 9 Prozent des Gemeinwertes erhoben werden, 200 Prozent Zuschlag zur Betriebssteuer. Die Steuerausschreiben werden den Steuerpflichtigen in den nächsten Tagen zugestellt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210308-12/fragment/page=0002

** **Die Assessorenprüfung bestanden am Sonnabend voriger Woche** vor der Prüfungskommission im hiesigen Domgymnasium die Studienreferendare Kirchner mit „sehr gut“ und Poppendick mit „gut“.

** **Freigabe des Handels mit ausländischer Dauermilch und Dauersahne.** Laut Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 18. Januar 1921 fällt ausländische Dauermilch und Dauersahne jeglicher Art nicht mehr unter die Bewirtschaftungsvorschriften der Reichsstelle für Speisefette. Diese Waren können nunmehr frei gehandelt werden.

** **Eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung** für die Veranlagung zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 und zur Abgabe einer Kapitalsteuererklärung für die Zeit vom 31. März bis 31. Dezember 1920 erläßt das Finanzamt im Anzeigenteil der heutigen Nummer unserer Zeitung. Wir weisen an dieser Stelle besonders darauf hin. Die Steuererklärungen sind unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordruckes in der Zeit vom 15. März bis 15. April 1921 beim Finanzamt einzureichen.

** **Für treue Dienste sollen einem Dienstboten, der bei ein- und derselben Herrschaft 10 Jahre lang hintereinander gedient hat, die** verfügbaren Zinsen des Gesindebelohnungsfonds vom Magistrat bewilligt werden. Siehe die Bekanntmachung im heutigen Amtsblatt.

** **Rücktransport der russischen Kriegsgefangenen.** Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg schreibt uns: „Der bevorstehende Abtransport der russischen Kriegsgefangenen macht deren umgehende Einlieferung in das zuständige oder nächstgelegene Gefangenenlager notwendig. Es sind daher sämtliche Genehmigungen zur Beschäftigung Kriegsgefangener mit dem 1. März 1921 aufgehoben. Einlieferung der Russen ins Lager muß spätestens bis zum 15. März 1921 erfolgen. Zurückzusenden in das Lager sind auch alle Russen, die angeblich dauernd in Deutschland verbleiben wollen. Eine Weiterbeschäftigung der Gefangenen nach dem 15. März ist nach den bestehenden Bestimmungen strafrechtlich zu verfolgen. Eingehende Anträge auf Belassung von Gefangenen werden nicht mehr angenommen.

** **Tarif für die kaufmännischen Angestellten in den Zigarrenfabriken Sachsens, Sachsen-Altenburg, Reuß, Anhalt und des Regierungsbezirkes Merseburg.** Der zwischen dem Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller (E. V.) Bezirksgruppe Sachsen in Frankenberg (Sachsen), dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, Landesausschuß Sachsen, und dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, Landesverband Sachsen, Leipzig, Zeitzer Straße 10, am 16. Dezember 1920 abgeschlossene zweite Nachtrag zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 15. Juli 1920 wird zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen für die kaufmännischen Angestellten in Zigarrenfabriken für das Gebiet der Freistaaten Sachsen, Sachsen-Altenburg, Reuß, Anhalt und des Regierungsbezirks Merseburg gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (R.-G.-Bl. S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Januar 1921.

** **Die Gabelsberger Stenographen des Bezirks Zeitz hielten am** 6. d. Mts. in Mücheln einen Bezirkstag ab, mit welchem auch ein Wettschreiben verbunden war, das sich einer überaus starken Beteiligung zu erfreuen hatte. Beim Schön- und Richtigschreiben wurde die beste aller abgegebenen Arbeiten (46) von einem Mitgliede des hiesigen Stenographen-Vereins Gabelsberg gefertigt und mit einem ersten Preise ausgezeichnet. Beim Schnellschreiben, das in Abteilungen bis zu 300 Silben in der Minute stattfand, schnitt der hiesige Verein ebenfalls gut ab. Es entfielen auf seine Mitglieder 9 erste Preise und ein 2. Preis. — Aus den geschäftlichen Verhandlungen ist hervorzuheben, daß ein Protest gegen die Verfügung des Preußischen Unterrichtsministers, betr. Stenographieunterricht an den höheren Schulen, beschlossen wurde, weil durch diese Verfügung der Systemkampf in Preußen in die Schulen hineingetragen wird. Es wurde deshalb in der Entschließung die Änderung der Verfügung beantragt. — Als Bezirksvorort wurde wieder Weißenfels gewählt. Der nächste Bezirkstag findet Anfang September d. Js. in Teuchern statt.

** **Der Wagen im Schaufenster.** Von einem Mißgeschick wurde das Geschäft von Carl Stürzebecher an der Domapotheke am Sonnabend nachmittag betroffen. Bei einem aus der Oberen Burgstraße kommenden Gespann hatten die Pferde die Deichselstange abgebrochen. Dadurch kam der Wagen ins ungelenke Rollen und fuhr in das linke Schaufenster des genannnten Geschäfts, in dem die ausgestellten Gegenstände fast alle zertrümmert oder beschädigt wurden. Der angerichtete Schaden ist ein beträchtlicher.

** **Für die Oberschlesier ist es wichtig, daß die Merseburger Überlandbahnen** an den beiden Abfahrtstagen am Donnerstag und Sonntag nachts noch eine Elektrische zwischen Halle und Merseburg verkehren lassen, damit die Angehörigen der Oberschlesier, die die Oberschlesierfahrer an die Sonderzüge in Halle begleiten, noch in der gleichen Nacht wieder nach Merseburg gelangen können. Diese Extraelektrische fährt um 12,19 Uhr ab Halle und dürfte das Entgegenkommen der Straßenbahn Anerkennung finden.

** **Das Filmwerk „Anna Boleyn“**, das zurzeit in den Kammerlichtspielen unter großem Andrang des Publikums vorgeführt wird, ist ein beachtenswertes Werk der Kinokunst. Es schildert die Schicksale der Gemahlinnen des englischen Königs Heinrich VIII., unter denen besonders Anna Boleyn als tragische Gestalt in der Geschichte erscheint. Wider Willen wird sie die Gemahlin des Königs, der um ihretwillen seine erste Gemahlin Katharina verstößt. Als Motivierung dieses Schrittes gibt der König das Fehlen eines Thronerben an und bricht mit dem Papst, als dieser sich weigert, seine Ehe zu scheiden. In der Westminster-Abtei findet dann die Krönung, unterbrochen von Zwischenfällen, statt. Als Anna dem König später jedoch eine Tochter anstatt des erwarteten Erben schenkt, wendet sich der König einer anderen zu und die Beschuldigung des Ehebruchs dient dazu, Anna Boleyn unschuldig dem Henker zu überliefern. — Ein ungeheuer großer Aufwand war dazu nötig, diesen Film in historischer Umgebung mit Massenaufgeboten an Menschen herzustellen. Der Regisseur Lubitsch hat damit einen sicheren Blick gezigt. Die Hauptdarsteller Henny Porten als Boleyn und Ernst Jannings als Heinrich waren gut getroffen. G.

** **Die erwerbstätige Mittelstands-, Bürger- und Handwerker-Vereinigung Merseburg und Umgegend** hält laut Anzeige in dieser Zeitung am heutigen Dienstag abend im großen Saale des „Casinos“ eine außerordentliche Generalversammlung ab.

*

Familienabend des Kirchlichen Vereins des Neumarkts.

Am Montag abend hatte sich die Neumarktsgemeinde zu dieser Veranstaltung derart zahlreich eingefunden, daß auch der letzte Platz besetzt war. Mit gemeinsamem Gesange und einem Kinderchor wurde der Abend eingeleitet. Sodann begrüßte Pastor Boit die Anwesenden und ermahnte, daß es heute nötiger denn je sei, fest zusammenzustehen, denn wir wissen nicht, was die Londoner Tage uns bringen werden. Aber im Aufblick zum Lenker aller Geschicke können wir getrost in die Zukunft schauen. Reichen Beifall erntete alsdann Fräulein Allin, welche drei Sopran-Solos vortrug. Im Mittelpunkt stand der Vortrag des Pastors Hahn-Riga über „Bilder aus der baltischen Märtyrerkirche“. Nicht nur hier im lieben Vaterlande sind Deutsche, die die tiefe Erniedrigung, die man uns aufzwingt, auf sich fühlen, sondern gerade auch in den baltischen Provinzen Estland, Livland und Kurland wohnen viele Deutsche, deutsch in ihrer Gesinnung, deutsch in ihrer Kultur, in ihrem Glauben. Man sollte kaum meinen, daß man in unserer hoch kultivierten Welt, wie sie es immer sein will, noch von Märtyrern sprechen kann. Und doch! Gelitten haben die Deutschen besonders unter den Bolschewiken, ohne ein Schreckgespenst des Bolschewismus schildern zu wollen. Schlimm war es, als sie 1917 und 1918 unter den Deutschen hausten; schlimmer wurde es, als sie nach dem deutschen Rückzug wiederkamen. Viele waren deshalb mit den zurückflutenden Deutschen aus dem Lande gewichen, um den Untergange zu entgehen, der vorauszusehen war. Besonders für die Kirche und für die Geistlichen sollten schwere Zeiten kommen. Aber der gute Hirte darf nicht die Schafe in der Stunde der Gefahr verlassen, wie es der Mietling beim Einbrechen des Wolfes tut. Größer als der Helfer ist die Gefahr noch nie gewesen. Dem einen Teil hat er Kraft zum Leiden gegeben, den andern hat er errettet. Den Grausamkeiten die Krone aufgesetzt wurde aber erst, als die Finnländer in das Land einrückten im Anfang des Jahres 1919. Die meisten Opfer wurden auf dem Rückzuge der Bolschewiken gebracht. Wer von den gefangenen Geiseln nicht mehr laufen konnte, wurde erschossen, die übrigen in das tiefe Rußland verschleppt, von wo keine Kunde von ihnen zu uns bringen kann. Aber Herrliches hat sich in dieser Zeit gezeigt. Wahre Märtyrer in neuem Gewande sind geboren worden. Ein Pfarrer sollte leben bleiben, wenn er unterschreiben wollte, daß alles, was er gepredigt habe, gegen seine Überzeugung sei, aber er starb lieber. An Stelle der fehlenden Geistlichen vertraten dieses Amt die Ältesten der Gemeinde, während sie die zum Tode Verurteilten trösteten, wurden sie selbst bedroht, und nicht selten gingen sie mit ihnen in den Tod. Als ein Pfarrer in dem Augenblick, als die Rotgardisten gegen ihn anlegten, das Lied „Wenn ich einmal soll scheiden“ anstimmte, da wurden selbst diese Roblinge bestimmt, die Gewehre sinken zu lassen. Andere, Frauen, mußten die Hinrichtung übernehmen. Ergreifend schilderte der Vortragende besonders den Märtyrertod seines Bruders. Dessen 6jähriger Sohn sagte zu seiner Mutter angesichts des toten Vaters: „Mutter, ich möchte auch wie der Vater sterben für den Herrn Jesus“. Und ein alter Pfarrer war betrübt, daß ihn Gott nicht ausgesucht und für würdig befunden hätte, den Weg zur ewigen Ruhe einzugehen. Wenn man solche Bilder und Szenen gesehen hat, dann kann man jedem ohne Bedenken antworten: „Und es gibt doch einen Gott, sonst hätten diese Märtyrer nicht so ruhig den Tod erwarten können“. Den ergreifenden, zu Herzen gehenden Worten des Redners schloß sich der gemeinsame Gesang des Liedes „Wenn ich einmal soll scheiden“ an. Aus dem weiteren Verlauf des Abends sind vor allen Dingen noch die Gesänge des wieder neu gebildeten gemischten Chores unter bewährter Leitung des Lehrers Längericht und die dramatische Szene „Der Glaubensbrüder Hort“ zu nennen. Auch dieses kleine Bühnenstück aus der Verfolgungszeit der Hugenotten paßte ganz in den Rahmen des Abends und illustrierte gewissermaßen den Vortrag des Pastors Hahn. In dem Hugenottenprediger Claude Brousson sahen wir einen Pfarrer, wie er vorher geschildert wurde, lebend vor uns. Das Stück wurde gut zur Durchführung gebracht, nur hätte der Souffleur etwas mehr „piano“ sprechen müssen. Mit Dankesworten und einem gemeinsamen Gesange nahm der schöne Familienabend sein Ende.

*

119. Bildungsabend.

Pastor Dr. Ernst aus Creypau hielt am Montag abend seinen dritten Vortrag über das Wesen der Religion. Die Frage nach ihrem Wesen, so führte der Redner aus, hat schon das Altertum stark beschäftigt und wird auch in der Gegenwart vielfach erörtert. Sie ist nicht bloß eine Frage wissenschaftlichen Interesses, sondern hat auch praktischen Wert für den Gegenwartsmenschen. Freilich wird die Religion oft nur als eine bloße Verirrung des Menschengeistes angesehen. Aber über den reinen theoretischen Materialimus ist doch selbst schon Haeckels Monismus hinausgegangen. Besonders sehen gerade angesichts der jetzigen Zustände viele ein: ohne Religion geht es nicht. Wie verhält man sich sonst in der Gegenwart der Religion gegenüber? Vielen ist sie nur ein vielgestaltiges Problem, und die Frage muß zunächst lauten: was ist Religion, welches sind ihre Grundzüge? Nicht ist Religion nur die Befriedigung einer Art Welterklärungstriebes. Sie ist vielmehr zunächst ein Glaube an eine weltregierende Macht, Weisheit und Güte. Sie ist ferner ein Glaube an eine ideale Welt und endlich an ein weltüberlegenes Sollen, also ein optimistischer Glaube. Woher nimmt man dazu den Mut? Nur daher, daß sich der Glaube auf ein religiöses Erleben gründet. Dieses ist der eigentliche Nerv. Wir nennen es gleichzeitig eine göttliche Offenbarung. Religiöse Helden von Moses bis Luther erlebten Gott als große Wirklichkeit. Aber sie haben das Erlebnis nicht gesucht, sondern es war ihnen eine Heimsuchung Gottes. Das ist zunächst verbunden mit einem Gefühl der Unlust, hervorgerufen durch das Entsetzen über Gottes zerschmetternde Macht, durch das Gefühl der Ohnmacht vor der göttlichen Heiligkeit. Aber es treten auch Lustgefühle dazu, nämlich die Gewißheit, Gott ist unserm sittlichen Wesen verwandt. So entstehen die Gefühle des Vertrauens und der Geborgenheit. Aber jedenfalls ist das Erleben die Hauptsache! Das Leben muß so auf den Standpunkt der Gotteskindschaft gelangen; die Religion hat dem Leben Gestaltung und Richtung zu geben. Entsprechend der Natur des Menschen gibt es eine aktive und eine passive Religiosität. Doch sind solche Formen nicht rein ausgeprägt. Sie müssen sich vielmehr ergänzen. Religion treibt auch zur Gemeinschaft und zur Aussprache, wie es in den religiösen Schriften geschieht. Doch unterscheidet sich solches Denken von der philosophischen Denkweise.

Ein schlagender Beweis

für die Schnelligkeit und Zuverlässigkeit unserer Berichterstattung ist die Tatsache, daß wir bereits gestern nachmittag um 4 Uhr die Meldung von dem deutschen Antrag auf Vertagung in London in der Zeitung veröffentlichen konnten, während die gleiche Meldung von anderer Seite erst in den Abendstunden als Extrablatt verbreitet wurde und von den Halleschen Blättern zumeist erst heute veröffentlicht wird. Bei der ungeheuren Wichtigkeit der jetzigen politischen Ereignisse ist es durchaus nötig, das Blatt zu lesen, das am schnellsten und zuverlässigsten arbeitet.

Dieses strebt nach einheitlichem Gedankenbau, jenes steht dem Mutterboden des Erlebnisses näher. Der wichtigste Begriff ist jedenfalls der Gottesbegriff: Gott ist geistige Persönlichkeit. Wie verhält sich Religion zur Kultur? Sie soll sein die Grundlage für alle Kulturtätigkeit, gleichzeitig auch ihr Gewissen und ihre Kritik. Sie mißt alle Dinge mit dem Maßstabe des Ewigen. So wird sie zuweilen zur Neinsagerin der Kultur gegenüber, weil sie ein besseres Ja kennt. Die Religion wird immer bleiben, denn sie hat große Aufgaben und damit eine Zukunft.

Mit diesen Ausführungen hat die Reihe der Vorträge des Dr. Ernst ihr Ende gefunden. Wir dürfen wohl hoffen, den Redner bald wieder in den Bildungsabenden zu hören. Seine Freunde, die er sich bald gewonnen hat, werden ihm gewiß für weitere Darbietungen recht dankbar sein.

*

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier erlassen an die abstimmungsberechtigten Reichsoberschlesier folgenden Aufruf:

Heimattreue Oberschlesier! Der Tag der Entscheidung ist nahe. Jetzt, da Ihr Euch zur Fahrt rüstet, ist unsere Pflicht, uns noch einmal an Euch zu wenden und Euch unseren Glauben und Wünsche auf den Weg zu geben. Als wir vor mehr als 1½ Jahren an Eure Heimatsliebe appellierten und Euch zum Zusammenschluß aufriefen, da wird wohl mancher gezweifelt haben, ob das große Werk gelingen würde. Es ist gelungen. Eure Treue zur Heimat war stärker als alle Hemmungen, die sich Euch in den Weg stellten. Eure beispiellose Einmütigkeit, Eure musterhafte Disziplin und volle Hingabe und daß jeder Einzlne von Euch mitgearbeitet hat, haben die Vereinigten Verbände zu einer so gewaltigen Organisation gemacht, wie sie ihresgleichen kaum findet. Heute blickt ganz Deutschland voller Bewunderung auf Euch in dem Vertrauen, daß Ihr mit derselben Treue, mit derselben Hingabe und Disziplin, mit der Ihr diese Organisation geschaffen habt, auch Euer Stimmrecht ausüben werdet. Korfanty verbreitet geflissentlich das Gerücht, daß Ihr in die Heimat kommen würdet, um dort Gewalt zu verüben. Er kennt Euch nicht, denn sonst würde er wissen, daß gerade die Heimatliebe, die Euch zusammengeführt, es Euch verbietet, gewalttätigen Sinnes in die Heimat zu kommen, um dort Unruhe zu stiften. Er kennt Eure Organisation nicht. Niemals ist in Euren Reihen Gewalt gepredigt worden. Der Stimmzettel ist Eure einzige Waffe, die Ihr aber auch restlos anwenden werdet. Laßt Euch von Korfanty, der durch seine Sendlinge Drohbriefe an Euch schreibt, nur um Euch zu reizen, nicht von unseren bewährten Grundsätzen abbringen. Die alte Disziplin soll Euch auch auf der Fahrt in die Heimat begleiten. Bewahrt Ruhe und Besonnenheit. Ihr könnt auch unbesorgt sein. Ihr seid zu zahlreich, als daß jemand wagen dürfte, die Hand gegen Euch zu erheben. Die interalliierte Kommission hat ihr feierliches Versprechen gegeben, daß sie Euch schützen und für Ruhe und Ordnung sorgen wird. Um den Ernst ihrer Erklärung zu beweisen, hat sie erhebliche englische und französische Truppen herangezogen. Deutschlands Augen sind auf Euch gerichtet. Ihr seid die Träger seiner Hoffnungen. Die Heimat erwartet Euch mit festlichem Empfang, mit offenen Worten im Herzen für Eure Treue und Liebe. Auf zur Fahrt, auf zum Siege!

*

Verzicht des Landtagsabgeordneten Kunert (US.) für Merseburg.

Der unabhängige Abg. Kunert hat auf das Landtagsmandat im Wahlkreise Halle-Merseburg verzichtet. Abg. Kunert gibt dazu im Organ der Unabhängigen folgende Begründung: „Der Grund zu dieser Entscheidung ist für mich und meine Partei darin zu suchen, daß, abgesehen von dem erprobten Genossen Christange, noch der Genosse Heinzelmann, ein Bergarbeiter, in der Wahlliste als Abgeordneter aufrückt, dessen Tätigkeit im Preußischen Landtage von zweifellosem Nutzen und von besonderer Bedeutung für die Landtagsfraktion der USPD. werden kann.“

*

Die kommunistischen Abgeordneten im neuen Provinziallandtag der Provinz Sachsen, der am 22. März in Merseburg zusammentritt, sind folgende 14:

- Osterburg, Korrektor, Halle (Halle-Stadt).
- Tominski, Schriftsetzer, Halle (Halle-Stadt).
- Machlitt, Ehefrau, Eisleben (Mansfelder Seekreis und Eisleben-Stadt).
- Drechsler, Schriftleiter, Halle (Mansfelder Gebirgskreis).
- Dornbluth, Kontrolleur, Weißenfels (Weißenfels-Land).
- Märker, Kaufmann, Teutschenthal (Mansfelder Seekreis und Eisleben-Stadt).
- Denkewitz, Gemeindeangestellter, Ammendorf (Saalkreis).
- Hempel, Landarbeitersekretär, Torgau (Wittenberg).
- Franzke, Stadtrat, Sangerhausen (Sangerhausen).
- Nebert, Gemeindesekretär, Greppin (Bitterfeld).
- Hartmann, Sattlermeister, Freiroda (Delitzsch).
- Schippa, Bauarbeiter, Zeitz (Querfurt).
- Reichert, Frauensekretärin, Halle (Liebenwerda).
- Fiedler, Bezirkssekretär, Halle (Merseburg).

*

Kreistagssitzung am 23. März.

Der kommissarische Landrat des Landkreises Merseburg beruft auf Mittwoch den 23. März, vormittags 10 Uhr, einen Kreistag in den Sitzungssaal des Kreishauses in Merseburg ein. Die Hauptsache der Tagesordnung bilden Neuwahlen des Kreisausschusses und der Kreiskommissionen entsprechend dem Resultat der Neuwahl und dem Ausscheiden der Stadt aus dem Kreis Merseburg. An wichtigeren Beratungsgegenständen sind zu nennen die

Feststellung des Haushaltsplans für 1921,

der in Einnahme und Ausgabe mit 4 267 029,94 ℳ abschließt, und die Beschlußfassung über einen zur Deckung des im Haushaltsplan für 1921 ausgeworfenen Bedarfs an direkten Kreissteuern vorgeschlagenen

Kreissteuerzuschlag von 347 Prozent

zu den staatlich veranlagten Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuern. Außerdem ersucht der Kreisausschuß um Zustimmung zur

Aufnahme von Anleihen über 3 Millionen Mark,

und zwar sollen aufgenommen werden: eine Anleihe im Betrage von 2 Millionen Mark bei der Stadtsparkasse Lützen und eine Anleihe von 1 036 341 ℳ bei der Sparkasse des Landkreises Merseburg. Die Aufnahme der Anleihen geht für Rechnung des Reiches und dient zur Abstoßung eines Teiles der bei der Provinzialbank aufgenommenen kurzfristigen Anleihen des Landkreises für die Auszahlung der Reichsfamilienunterstützung. Weiter ist noch zu erwähnen die Vorlegung einer neuen Ordnung für die Erhebung eines

Zuschlages von 100 Prozent zur Reichswertzuwachssteuer

sowie der Entwurf der Satzungen für die

Errichtung eines Arbeitsamtes für den Land- und Stadtkreis,

dessen Sitz sich in Merseburg befinden soll. Die Kosten dieses Arbeitsamtes tragen beide Kreise gemeinschaftlich im Verhältnis zu den vom Arbeitsamt für die einzelnen Kreise vermittelten Stellen.

*

Hausfrauenkalender.

Fleischverkauf auf der Freibank am Mittwoch von 8—11 Uhr auf die Nummern 2001—2200.

Annahme getragener Bekleidung gegen gute Bezahlung jeden Mittwoch von 9—12 Uhr in der Altkleiderstelle Karlstraße 4, Hof rechts.

---

§ **Lennawerke**, 8. März. Genußreiche Stunden bereitete der Arbeiter-Bildungsverein seinen Mitgliedern und Gästen am verflossenen Freitag im Theatersaale durch einen Unterhaltungsabend in Kunst und Humor. Es waren hierzu ausschließlich nur erste Kräfte des Stadttheaters Halle engagiert und hatte man auch eine gute Wahl getroffen. Zunächst war es Konzertmeister Schmitt, welcher ein Violinsolo „Ungarische Rhapsodie“ mit Klavierbegleitung wunderbar ausführte. Opernsänger Kurt Schreiber sang mit seinem wohlklingenden Organ drei Lieder von Schubert und zwar „Wohin“, „Ständchen“ und „Ungeduld“, wofür ihm reicher Beifall ward. Frau Marta Eggert-Montag erfreute durch die Lieder „Frühlingszeit“ und „s'Zuschaun“. Herr Rohleder als Rezitator und Humorist verstand es, durch allerlei Gedichte und Scherze, die Lachmuskeln Aller zu erregen. Ausgezeichnet war die Wiedergabe von „s'Wärschtsche“ in sächsischem Dialekt und der „Appelseppel“. Weniger Gefallen fand man an dem uralten Vortrag „Schillers Glocke“, einige heitere Kuplets hätten weit mehr Erfolg gehabt. Allgemeine Bewunderung fanden zwei weitere Violinsolis durch Konzertmeister Schmitt: „Zigeunerweisen“ und „Kanarienvogel“. Letzteres war geradezu reizend. Sowohl Frau Marta Eggert-Montag, wie auch Herr Kurt Schreiber erfreuten noch durch verschiedene heitere Lieder und zum Schluß im Duett durch „Unterm blühenden Lindenbaum“ und als Tanzduett „Nicht so schnell, nicht so langsam“, was ihnen abermals reichen Beifall brachte. Alles in allem, muß der Abend als wohlgelungen bezeichnet werden. M—a.

§ **Reipisch**, 8. März. Freitagnachmittag entstand in dem Anwesen des Landwirtes Wahlmann Feuer, das den über dem Stalle sich befindenden Heuboden ergriffen hatte. Dank dem raschen Eingreifen der Feuerwehr, die auch aus den umliegenden Ortschaften herbeigeeilt war, blieb das Feuer auf seinen Herd beschränkt. Die Ursache soll wohl Unachtsamkeit gewesen sein.

§ **Frankleben**, 8. März. Seit dem zweiten Weihnachtsfeiertag versuchten Einbrecher beim Landwirt G. siebenmal einzubrechen. Beim fünften Male gelang es ihnen, die Lebensmittelvorräte zu erbeuten. Leider gelang es bis jetzt noch nicht, die Täter festzunehmen.

§ **Frankleben**, 8. März. In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurden folgende Punkte erledigt: 1. das Großkraftwerk in Großkayna durchquert mit einer Starkstromfernleitung unsere Flur. Die Genehmigung wird unter der Bedingung erteilt, daß über den Straßenübergängen Schutznetze angebracht werden. 2. Um in Zukunft vor einer Übervorteilung bei Abnahme von Elektrizität besser gesichert zu sein, tritt die Gemeinde dem Reichsverband der Elektrizitätsabnehmer, der sogen. „Rea“ bei. Eventuell soll gegen die hohen Strompreise von Kulkwitz vorgegangen werden, da die Landkraftwerke Kulkwitz an verschiedene andere Gemeinden den Strom für die Kilowattstunde Licht für 1,55 ℳ liefern, während wir hier dafür über 3 ℳ bezahlen müssen. 3. Von der Gemeindevertretung werden folgende 4 Herren in den Schulvorstand gewählt: Friedrich Kurtze, Otto Schurig, Otto Haring und Friedrich Mädel. 4. Das hinter der neuen Schule sich befindende Kiesland soll vorläufig noch nicht abgebeut werden, da der angrenzende Nachbar, Zimmermeister Rudolf Gärtner, der Gemeinde gestattet, für ihre Zwecke aus seiner Kiesgrube dort Kies abzufahren. 5. Dem hiesigen Nachtwächter soll eine Schrotflinte geliefert werden. 6. Die Wege sollen ausgebessert werden. 7. Um der Wohnungsnot zu steuern, haben verschiedene Einwohner gebeten, man möge ihnen Gemeindeland zwecks Bau von Häusern ablassen. Als Preis wurde 4 ℳ der Quadratmeter als angemessen erachtet. Die Abgabe des Landes soll bis zur nächsten Versammlung vertagt werden, da die Gemeindevertretung erst eine Besichtigung an Ort und Stelle vornehmen will. 8. Verschiedene Wohnungsfragen über Tausch von Mietern usw. wurden noch erledigt.

§ **Lützen**, 8. März. Die Arbeiter A. H. und R. M. hatten aus einer Scheune Felle im Werte von 10 000 ℳ gestohlen. M. erhielt zwei Jahre, H. ein Jahr und neun Monate Gefängnis.

Leichenfunde.

§ **Dürrenberg**, 8. März. Eine weibliche Leiche wurde am Sonnabend Vormittag vor dem Rechen des elektrischen Lichtwerkes aus der Saale gezogen. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergegangen und hatte wohl schon zirka sechs Wochen im Wasser gelegen. Nachdem noch am Nachmittag eine Gerichtskommission den Tatbestand aufgenommen, konnte die Leiche gegen Abend beerdigt werden.

§ **Rahna**, 8. März. Am 5. d. M. wurde hier auf einem Dunghaufen der Wernickeschen Arbeiterhäuser eine Kindesleiche, Frühgeburt, aufgefunden. Diese war in eine blaue, mit weißen Punkten versehene, abgetragene Frauenjacke eingewickelt. Es wird gebeten, etwaige Wahrnehmungen, welche zur Ermittelung der Mutter der Leiche beitragen, dem Amtsgericht Lützen oder Landjägeramt II Lützen mitzuteilen.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210308-12/fragment/page=0003

Bei Erkältungen, Husten, Heiserkeit, Schnupfen
bemühen Sie sich zur
Ritter-Drogerie
Werner Mahlstedt
Kl. Ritterstr. 9. Teleph. 215

Konfirmations-Karten!
Gesangbücher!
Große Auswahl bei
Kurt Karius,
Papierhandlung, Breihl 4.

Bussard,
welcher ausgestopft ist, kann abgeholt werden
Rich. Menzel, Kl. Ritterstr. 16.

Anzug f. 6-8jähr. Knaben, Kinderschuhe, v. Gr. 25-30 und neue Straußfederrüsche
bill. z. verk. Zu erfr. i. d. Exp. d. B.

Jünglings-Anzug
wenig getragen, spottbill. z. verk.
Unter-Altenburg 54, 1 Tr.

Kaum getragene
Damen-Lackhalbschuhe
(Gr. 40, neu 240 M.) für 120 M., weil zu groß, abzugeben
Weißenfelser Str. 57, 1 Tr.

Mädchen- und Knaben-Schuhe,
fast neu, Größe 33, zu verkaufen
Obere Breite Str. 9, 2 Tr. r.

Guterhalt. Kinderwagen
ein Knabenüberzieher
und versch. andere zu verkaufen
Clobikauer Str. 15, part., l.

Elektr. Kronleuchter
(4 Flammen) aus Gewölben, sowie einige Gewehre zu verk.
Weißenfelser Str. 35, pt.

Zu verkaufen
Bettstelle mit Matratze,
Gebr. Knaben-Anzüge, Schuhe usw.
f. 4jähr. Zu erfr. in d. Exp. d. Bl.

Schreibmaschine,
sichtbare Schrift, neu, zu verkaufen Hallesche Str. 20.

Fast neue
Dezimalwage
zu verkaufen Hälterstraße 24.

Größerer Posten gut erhalten
Zigarrenkisten und Kartons,
sowie etliche Bahnkisten
sind preiswert zu verkaufen
Arthur Meier, Merseburg,
Am Bahnhof 4.

Eine tragende Schweizerziege und ein Sofa
verkauft Wallendorf Nr. 10.

2 gute Legehühner
zu verkaufen. Preis 120 Mark.
Wo? sagt die Exped. d. Bl.

6 Lege-Hühner
mit Auslauf zu verkaufen
Neu-Näßen, Mittelstr. 12.

8 Stück kleine Gänse
zu verkaufen
Neuschau Nr. 12.

1 Futterschwein
verk. Blumenthalstr. 7.

1 Läuferschwein
zu verk. Schkopau Nr. 16 b.

Hohenzollern!
Morgen
Schlachtefest!

Ernst-gemeint.
Junger Mann (30 J.), in angenehmer Stellung sucht die Bekanntschaft einer Dame oder Witwe, evtl. mit Kind, zwecks Heirat. Mädchen vom Lande bevorzugt. Angebote mit Bild unter 3543 an die Exp. d. Bl.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer

Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920.

Auf Grund dieser öffentlichen Aufforderung sind **zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet:**

1. alle im Finanzamtsbezirke Merseburg wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche);
2. sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reiche zu wohnen oder sich aufzuhalten, in dem Finanzamtsbezirke Merseburg Grundbesitz haben oder ein Gewerbe oder eine Erwerbstätigkeit ausüben oder Bezüge aus öffentlichen, innerhalb des Finanzamtsbezirks gelegenen Kassen mit Rücksicht auf frühere oder gegenwärtige dienstliche oder Berufstätigkeit erhalten,

soweit die vorstehend Genannten nicht bei einem anderen Finanzamt eine Steuererklärung abgeben und **soweit sie im Kalenderjahr 1920 oder in dem** während dieses Kalenderjahres endenden **Wirtschafts-(Betriebs-)Jahre ein**

Einkommen von mehr als 10 000 Mark bezogen haben.

Weiter sind zur Abgabe der Steuererklärung **alle verpflichtet,** welche einen **Vordruck** für die **Steuererklärung erhalten,** auch wenn sie nicht 10 000 ℳ Einkommen hatten.

In der Steuererklärung ist dem Einkommen des Ehemannes das **Einkommen seiner Ehefrau** — sofern die Ehegatten nicht dauernd getrennt leben — und das Einkommen seiner zu seiner Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder (eigene Ablömmlinge, Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder sowie deren Ablömmlinge) mit Ausnahme jedoch des Arbeitseinkommens der Kinder **zuzurechnen.**

Dem Steuerpflichtigen steht es frei, die seinen Angaben in der Steuererklärung zugrunde liegenden Einzelberechnungen und andere zum Verständnisse seiner Angaben dienenden Erläuterungen und Zusätze in die Steuererklärung oder in eine beizufügende Anlage aufzunehmen.

Ist ein Einkommen **auf Grund besonderer Buch- oder Geschäftsabschlüsse** oder auf Grund von Bilanzen ermittelt, so sind Abschriften dieser Buch- oder Geschäftsabschlüsse oder **Bilanzen** der Steuererklärung **beizufügen.**

Soweit es sich um Einkommen handelt, das nur durch Schätzung ermittelt werden kann, steht es dem Steuerpflichtigen frei, die Schätzung solcher Einkommensteile selbst vorzunehmen und unter Mitteilung der Tatsachen, auf die sich die Schätzung gründet, deren Ergebnis in die Steuererklärung einzutragen oder nur die Tatsachen anzugeben, die er zur Ermittelung des Einkommens beizubringen vermag.

Die Steuererklärung ist für Personen, die unter Pflegschaft oder Vormundschaft oder unter elterlicher Gewalt stehen und selbständig zur Einkommensteuer zu veranlagen sind, von dem Pfleger, Vormund oder Träger der elterlichen Gewalt abzugeben.

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Steuererklärung abzugeben, kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen.

Für einen Steuerpflichtigen, der nach dem 1. April 1920, aber vor der Abgabe der Steuererklärung verstorben ist, ist die Steuererklärung, soweit ein Testamentsvollstrecker oder ein Nachlaßpfleger die Verwaltung des Nachlasses übernommen hat, von diesen Personen, anderenfalls von den Erben abzugeben.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden ergebenst aufgefordert, **die Steuererklärungen** unter Benutzung des vorgeschriebenen **Vordrucks** in der Zeit vom

15. März bis 15. April 1921

bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können von dem unterzeichneten Finanzamt und den Gemeinde- und Gutsvorständen bezogen werden. Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht für diejenigen, die ein Einkommen von mehr als 10 000 ℳ gehabt haben, auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugesandt worden ist.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem **unterzeichneten Finanzamt Montag bis Freitag während der Geschäftsstunden 9—12 Uhr** zu Protokoll entgegengenommen.

Wegen des zu erwartenden Andranges müssen jedoch solche Personen bevorzugt werden, welche zur Abgabe der Steuererklärung **selbst außerstande** sind.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, wird mit Geldstrafen bis zu 500 ℳ zu der Abgabe der Steuererklärung angehalten; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen **vorsätzlich bewirkt, daß die** nach dem Einkommensteuergesetze **zu entrichtende Einkommensteuer verkürzt wird,** wird wegen **Steuerhinterziehung** mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Bestrafung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 53 des Einkommensteuergesetzes und §§ 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuergefährdung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist, wie die für die Steuerhinterziehung angedrohte Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabenordnung).

Außerdem werden sämtliche Personen,

a) die im Laufe des Jahres 1920 vorläufige Einkommensteuer entrichtet haben,
b) denen im Jahre 1920 Gehalts- oder Lohnbeträge für die Einkommensteuer einbehalten worden sind,

aufgefordert, innerhalb der für die Abgabe der Steuererklärungen vorgeschriebenen Frist vom 15. März bis 15. April 1921 dem Finanzamt auf Verlangen Auskunft zu geben über die Entrichtung der vorläufigen Einkommensteuer und die Einbehaltung der Gehalts- und Lohnbeträge **unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke, die den Steuererklärungen beiliegen.**

Auf die gleichzeitig ergehende öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Kapitalertragsteuererklärung für die Zeit vom 31. Dezember 1920 wird besonders hingewiesen. Jedem Vordruck zur Einkommensteuererklärung wird ein Vordruck für die **Kapitalertragssteuererklärung** beigefügt, **die ebenfalls in der Zeit vom 15. März bis 15. April bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen ist.**

Auch wer nicht zur Abgabe der Einkommensteuererklärung verpflichtet ist, kann zur Abgabe einer Kapitalertragsteuererklärung verpflichtet sein.

Merseburg, den 1. März 1921.

Das Finanzamt.
Bröse.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer

Kapitalertragsteuererklärung für die Zeit vom 31. März bis 31. Dezember 1920.

Wer in der Zeit vom

31. März bis 31. Dezember 1920

fällig gewordene Kapitalerträge der nachbezeichneten Art:

1. Zinsen von Hypotheken und Grundschulden, Renten und Rentenschulden,
2. Zinsen von Forderungen, die auf Grund einer Vereinbarung entrichtet werden, insbesondere aus Darlehen, Kautionen, Hinterlegungsgeldern, Abrechnungsgeldern, Kontokorrent- und sonstigen Guthaben, Zinsen und Warenforderungen, gesetzliche Zinsen usw. (ausgenommen Sparkassen- und Bankzinsen),
3. vererbliche Rentenbezüge,
4. Diskontbeträge von inländischen Wechseln und Anweisungen, einschließlich der Schatzwechsel,
5. alle ausländischen Kapitalerträge, auch aus Wertpapieren, bezogen hat, hat eine Kapitalertragsteuererklärung abzugeben.

Die Verpflichtung zur Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung besteht ohne Rücksicht auf die Höhe der bezogenen Erträge und auch dann, wenn die oben bezeichneten Erträge in einem land- oder forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb anfallen; lediglich über Diskontbeträge (Nr. 4) ist eine Erklärung nur abzugeben, soweit es sich um Kapitalanlagen handelt.

Die Prüfung der Steuerpflichtigkeit steht dem Finanzamt, nicht dem Steuerpflichtigen zu.

Dem Steuerpflichtigen steht es frei, die seinen Angaben in der Steuererklärung zu Grunde liegenden Einzelberechnungen und andere zum Verständnis seiner Angaben dienenden Erläuterungen und Zusätze in die Steuererklärung oder in eine beizufügende Anlage aufzunehmen.

Die Steuererklärung eines Ehemannes muß das Einkommen seiner Ehefrau mit umfassen, sofern beide Ehegatten nach § 4 Abs. 4 des Kapitalertragsteuergesetzes steuerpflichtig sind und nicht dauernd von einander getrennt leben.

Für minderjährige Kinder hat der Träger der elterlichen Gewalt auch dann eine selbständige Steuererklärung abzugeben, wenn ihm die Nutznießung am Vermögen der Kinder zusteht. Für Personen, die unter Pflegschaft oder Vormundschaft stehen, ist eine Steuererklärung vom Pfleger oder Vormund abzugeben.

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Steuererklärung abzugeben, kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen.

Für einen Steuerpflichtigen, der nach dem 30. März 1920, aber vor Aufgabe der Steuererklärung verstorben ist, ist die Steuererklärung, soweit ein Testamentsvollstrecker oder ein Nachlaßpfleger die Verwaltung des Nachlasses übernommen hat, von diesen Personen, anderenfalls von den Erben abzugeben.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden ergebenst aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks

in der Zeit vom 15. März bis 15. April 1921

bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärungen können von dem unterzeichneten Finanzamt und den Gemeinde- und Gutsvorständen bezogen werden. Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugesandt worden ist.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem **unterzeichneten Finanzamt Montag bis Freitag während der Geschäftsstunden von 9—12 Uhr** zu Protokoll entgegengenommen.

Bei verspäteter Abgabe der Steuererklärung kann ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden (§ 170 der Reichsabgabenordnung).

Die Frage einer etwaigen Anrechnung der Kapitalertragsteuer auf Grund des § 44 des Einkommensteuergesetzes wird bei der Veranlagung zur Einkommensteuer entschieden.

Die Hinterziehung der Kapitalertragsteuer wird mit einer Geldstrafe im 1—20fachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft; daneben kann auf Gefängnis erkannt werden.

Auf die gleichzeitig ergehende öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920, die in der gleichen Frist dem Finanzamt einzureichen ist, wird besonders hingewiesen. Jedem Vordruck zur Einkommensteuererklärung wird ein Vordruck für die Kapitalertragsteuererklärung beigefügt.

An die juristischen Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechtes, die Berggewerkschaften, die nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen, Zweckvermögen usw. wird die öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung anläßlich der später ergehenden öffentlichen Aufforderung zur Abgabe der Körperschaftssteuererklärung gerichtet werden.

Merseburg, den 1. März 1921.

Das Finanzamt.
Bröse.

Casino.
Freitag, den 11. März, abends ½8 Uhr
Zweites Gastspiel der beliebten Thüringer
Humor-Sänger.
Kunst, Solo-Quartettgesänge
Tolle Possen
Vorverkauf im Zigarrengeschäft Fuchs, Kl. Ritterstr.

Gesell.-Verein „Einigkeit"
Zu unserem am Mittwoch, d. 9. d. Mts. im „Preuß. Adler" stattfindenden
gemütl. Beisammensein mit Damen
ladet freundl. ein Der Vorstand.

Donnerstag, den 10. d. Mts., in „Preuß. Adler"
außerordentliche Monats-Versammlung
Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht. Der Vorstand.

Wanderklub „Waldesrauschen"
Mittwoch, d. 9. März 1921, abends 7½ Uhr Versammlung im „Deutschen Hof".
Anmeldungen willkommen.

Wer gibt Unterricht in Violin?
Ang. postlag. 3. B. Groß-Kayna.

Wer ert. ja. Krm. v. 6 Uhr abd.
Guitarre-Unterricht?
Gefl. Ang. u. 3550 a. d. Exp. d. Bl.

Schneiderin nimmt noch Kundschaft an.
Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Kochfrau
empfiehlt sich. Zu erfragen
Gotthardtstraße 20, p. 1 Tr.

Tüchtiger
Maschinen-Schlosser
welcher in Reparatur landwirtschaftlicher Maschinen durchaus selbständig ist, für dauernd gesucht.
Fr. Pfeiffer,
Obere Breite Straße 16.

Empfangsdame
die gleichzeitig schriftliche Arbeiten zu erledigen hat, zum sofortigen Antritt gesucht. Angeb. unter 3540 an die Exp. d. Bl.

Suche zum 1. April 1921 ein
gediegenes, ehrl., junges
Mädchen,
welches der Hausfrau in allen vorkommenden Arbeiten im Haushalt und Geschäft zur Hand geht. Einige Kenntnisse im Nähen erwünscht. Angenehme Stellung sowie gute Verpflegung.
Frau Helene Schulz,
Bad Lauchstedt,
Goethe-Drogerie.

Einfache Stütze
mit guten Zeugnissen, sowie ein
Hausmädchen
gesucht Frau Dr. Schmitz,
Neu-Rössen, Saalestr. 20.

Junges Mädchen
als Aufwartung für vormittags sofort gesucht
Unter-Altenburg 13.

Sofort
Aufwartung gesucht.
Korkstraße 1a, 1 Tr.

Eine Patent-Wagenkapsel
von Geusa nach Merseburg verloren. Gegen Belohnung abzugeben Geusa 27.

Kl. gold. Ring
in der Unter-Altenburg verloren. Abzug. Unter-Altenburg 48.

Am Abend des Bauernballes ist im Casino ein
blauer Blusenschoner verloren
worden. Abzug. b. E. Frahnert, Merseburg, Kleine Ritterstr. 2.

Huhn zugelaufen.
Gegen Futterkosten u. Inf.-Geb. abzuh. bei Brauer, Sand 22.

Gute Belohnung
sichere ich demjenigen zu, der mir den oder die Diebe namhaft macht, welche mir in der Sonntagnacht 7 Stück hochstämmige Obstbäume gestohlen haben.
Albert Schrader-Bölsche,
Große Sitzlistraße 6. Tel. 20.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210308-12/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 56. | Dienstag den 8. März 1921. | 47. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. März 1921.

Nach den Erfahrungen von Freitag und Sonnabend mußte man damit rechnen, daß die heute auf der Tagesordnung stehende

Beratung des Reedereiabfindungsvertrages

den Parteien der Linken willkommenen Anlaß geben werde, den Reichstag zum Schauplatz heftiger Angriffe gegen die Regierung und besonders gegen die Rechte des Hauses zu machen. Hatte doch selbst die Rücksicht auf die Wirkung der großen Aussprache über London am Sonnabend nicht einmal den Wortführer der Mehrheitssozialdemokratie davon abgehalten, in wildester Erregung aus den Vorgängen in Flensburg, Hamburg und Stettin agitatorisch Kapital zu schlagen und den Rechtsparteien eine scharfe Kampfansage zuzurufen. Inzwischen sind 48 Stunden vergangen, und diese Zeit scheint genügt zu haben, die Parteien der Linken zu überzeugen, daß sowohl sachlich wie vor allen Dingen mit Rücksicht auf die außenpolitische Wirkung die Entfesselung leidenschaftlicher Auseinandersetzungen über eine Frage von im Augenblick wirklich sekundärer Bedeutung ein schwerer Fehler wäre. Und so vollzog sich die erste Beratung der Vorlage in einer erfreulich überraschenden Ruhe, zu der allerdings die dürftige Besetzung des Hauses wesentlich beiträgt. Vor Eintritt in die Tagesordnung zählte der Präsident die in Schleswig-Holstein und Ostpreußen am 20. Februar neugewählten Mitglieder des Reichstags auf, die von heute ab Sitz und Stimme im Parlament haben, darunter Graf v. Kanitz, Graf Bernstorff, Dr. Köster, Aufhäuser und verabschiedete die ausscheidenden: Bartschat, Siehr, Frau Brönner, Graf zu Dohna, Schultz-Bromberg, Weinhausen, Dr. Blunck, Dr. Waldstein.

Der Reedereiabfindungsvertrag ist am 23. Februar d. J. abgeschlossen zwischen dem Reiche und der Reederei Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg. Nach dem Vertrage hat das Reich zur endgültigen Abgeltung aller Rechte, Ansprüche und Anwartschaften, die den Reedern auf Grund des Gesetzes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte, des Überteuerungsabkommens, des Enteignungsgesetzes zustehen, die ihnen sicher gestellten Beträge frei zu geben und eine einmalige Abfindung in Höhe von 4,7 Milliarden Mark in Reichsschatzanweisungen zu leisten. Die Reederei Treuhand-Gesellschaft hat dafür einzustehen, daß diese Abfindung zum Bau und Kauf von Schiffen und zwar mindestens zu 90 Prozent für Bauten auf deutschen Werften verwendet wird, ferner dafür, daß mindestens der dritte Teil der deutschen Schiffsverluste, d. h. mindestens 2½ Millionen Tonnen, innerhalb 10 Jahren vom 10. Januar 1920 ab wieder aufgebaut wird. Für die Regierung begründete Staatssekretär Müller nach ausführlicher Schilderung der Verhandlungen mit den Interessenten die Vorlage und ihre Rechtsgrundlagen und wies nachdrücklich daraufhin, daß durch sie eine wesentliche Hilfe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geboten werde. Der Sprecher der Mehrheitssozialdemokraten

Abg. Schumann

unterschied sich durch die Sachlichkeit seiner Ausführungen angenehm von dem Gezänk, das sein Fraktionsgenosse Müller-Franken am Sonnabend veranstaltet hatte. Er anerkannte die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der deutschen Handelsflotte im Interesse der deutschen Wirtschaft. Hinsichtlich der Höhe der Abfindungssumme behalte sich seine Partei die Stellungnahme vor, sie verlange ferner Kontrolle der Durchführung des Vertrages durch den Reichstag und Sicherung des Einflusses der Seeleute auf den Vertrag. Ein paar Seitenhiebe auf die Rechte konnte sich der sozialistische Redner selbstverständlich nicht versagen, und ebenso selbstverständlich war, daß der auf ihn folgende Abg. Dr. Reichert (Dn.) boshaft vorschlug, man möge doch das nächste Schiff der deutschen Handelsflotte „Kultusminister Adolf Hoffmann“ taufen. Sachlich wies auch dieser Redner auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Vorlage hin, die allerdings bei weitem nicht ausreiche, um den auf 100 Milliarden zu schätzenden Verlust der deutschen Handelsflotte wieder gutzumachen. Auch Abg. Klöckner (Ztr.) trat für den Antrag und Überweisung an den Hauptausschuß ein und besprach die Möglichkeiten, der Arbeitslosigkeit zu steuern, die in der Belebung des Schiffsbaues liegen. Etwas lebhafter wurde es, soweit das leere Haus in der Lage war, lebhaft zu werden, bei der Rede des Abg. Vogtherr (USP.), der zwar gelegentlich ins Sachliche abirrte, sich im allgemeinen aber auf eine heftige Agitation gegen Rechts beschränkte und dabei auf scharfen Widerspruch stieß. Er bezeichnete die Taufe eines Schiffes auf den Namen Tirpitz als eine Schändung des deutschen Namens

Abg. Heile (Dem.)

wendet sich gegen jeden Versuch parteipolitischer Ausnutzung der Vorlage und spricht Worte des Dankes an die Reeder aus, für den Mut, mit dem sie an diesen Vertrag herangehen. Abg. Dr. Gildemeister (D. Vpt.) spricht die Zustimmung seiner Partei zu dem Vertrage aus. Dann bringt Abg. Reich (Komm.) noch einmal Unruhe ins Haus mit den Worten: In Deutschland trieben Kriegsverbrecher weiter ihr Handwerk, die man anderswo längst an die Laterne gehängt hätte. Nach der wirtschaftspolitischen Auffassung seiner Partei bedeutet eine Handelsflotte nichts anderes, als Stärkung des Kapitalismus.

Für die Demokraten sprach dann noch einmal Abg. Erkelenz in zustimmendem Sinne, dann wurde die Vorlage dem Hauptausschuß überwiesen. Es folgte eine Reihe von

Ergänzungsetats.

Davon wurden die für das Reichswehrministerium, Reichsjustizministerium und der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages betreffenden Nachträge in zweiter Lesung bewilligt. Eine längere Debatte entspann sich sodann, als die fortgesetzte Etatsberatung sich dem Haushalt des Reichsschatzministeriums zuwandte. Hier war es namentlich die Angelegenheit der Deutschen Werke und ihres zur Genüge bekannten Vertrages mit Herrn Kahn, die zum Überdruß ausführlich von verschiedenen Rednern der Rechten und Linken noch einmal breit getreten wurde. Für die Demokraten sprach Abg. Gothein, der von dem Ministerium entschiedenes Eingreifen in allen Fällen von Unregelmäßigkeit verlangte, von der radikalen Linken wurde dem Ministerium überhaupt jede Existenzberechtigung abgesprochen in so maßloser Übertreibung, daß es dem Minister nicht schwer fiel, an der Hand tatsächlicher Unterlagen zu beweisen, daß in seinem Amt, namentlich durch den Abbau der Kriegsgesellschaften fruchtbare Arbeit geleistet wird. Man hatte während dieser ganzen Debatte den Eindruck einer recht nebensächlichen und unnützen Beschäftigung — so nützlich ohne Zweifel die Aussprache und die Fortführung der parlamentarischen Arbeit auch in kritischen Zeiten ist — denn das Haus war voll von Nachrichten und Gerüchten, die von einer entscheidenden Wendung der Dinge in London sprachen und es mutete immerhin etwas befremdend an, in einer solchen Stunde die berufenen Vertreter des deutschen Volkes über Heu und Stroh und Schrotverwertung umfangreiche Debatten führen zu hören. Zum Schluß der Sitzung gab es noch eine kleine, aber dafür um so heftigere Szene. Der Wortlaut der Rede Lloyd Georges ist durch die ganze deutsche Presse gegangen, also in Millionen von Exemplaren dem deutschen Volke zugänglich gemacht. Die Regierung hat für die Mitglieder des Reichstages in den Drucksachen des Parlamentes einen besonderen Abdruck herstellen lassen, und zwar sowohl den englischen Wortlaut wie eine deutsche Übersetzung. Durch ein bedauerliches Mißgeschick ist in der deutschen Übersetzung eine Seite ausgefallen. Das ist gewiß schlimm, und es ist betrüblich, daß bei uns solche Unfälle gerade in wichtigen Angelegenheiten fast unvermeidlich zu sein scheinen. Daß aber der Abg. Ledebour dieses Mißgeschick in einer geradezu unerhörten Weise ausnützte, um der Regierung den

Vorwurf bewußter Fälschung

zu machen, wirkte dermaßen empörend, daß die Erregung des Parlamentes in stürmischen Wogen hochging. Hilflos schwang Vizepräsident Bell die Glocke, die in seinen Händen nicht einmal tönt, geschweige denn wirkt. Mit erbitterter Schärfe wies Vizekanzler Heinze die Verdächtigung der Regierung zurück und kennzeichnete die Absicht Ledebours. Unter stürmischer Zustimmung des ganzen Hauses brandmarkte Abg. Haußmann (Dem.) das Verhalten Ledebours als einen Stoß in den Rücken der Regierung im Augenblick der schwersten Entscheidungen. Am ganzen Körper zitternd lärmte Ledebour weiter, so daß seine Freunde von der Rechten hoffen mochten, er werde vor Aufgeblasenheit platzen. Diesen Gefallen tat er ihnen heute noch nicht. Schließlich nahm trotz des Mangels jeglicher Leitung die Sitzung nach ½8 Uhr ihr Ende.

*

Das Material der Eisenbahn.

Bei der gestrigen Beratung des Haushalts des Verkehrsministeriums im Hauptausschuß des Reichstages trat der Demokrat Wieland für eine stärkere Beteiligung des Unternehmertums bei Vergebung der Arbeiten ein und verlangte, daß dafür bestimmte Grundsätze bekannt gegeben werden. Die verschiedenen Landesteile müßten gleichmäßig berücksichtigt werden. Die Vorschriften der Herstellung der Materialien griffen zu tief in den Geschäftsbetrieb ein. Die hohe Zahl der unbrauchbaren Lokomotiven müsse nicht nur im Interesse des Verkehrs, sondern auch des Kohlenverbrauchs schleunigst verringert werden. Endlich verlangte er Übergang zu größeren Güterwagen. Ministerialdirektor Holze teilte mit, daß jetzt 2350 Kilometer der Anlagen im Umbau begriffen seien. In Zukunft soll der Prozentsatz noch größer werden; leider mangelten noch besonders Holzschwellen, auch die Beschaffung des nötigen Kupfers mache Schwierigkeiten. Mit der Ausnutzung der Lokomotiven habe man im Kriege zu sehr zurückgehalten, jetzt müßten eigentlich 3000 ausgemustert werden, es könnten jedoch nur 806 ausgemustert werden. Mehrere hundert Wagen von 50 Tonnen Ladegewicht würden beschafft, hundert von 40 Tonnen, 10 400 von 30 Tonnen Ladegewicht seien bereits vorhanden. Grundsätzlich halte das Ministerium im allgemeinen an der Regiearbeit fest. Auf eine Bemängelung des Abg. Wieland über den Vertrag mit der Metallbank, der überflüssig sei, bezeichnete ihn ein Regierungsvertreter nur als vorübergehend. Ein Abbau der Hauptwerkstätten komme auch nach dem Gutachten des Sachverständigenausschusses nicht in Frage, wohl aber eine Verbesserung der Werkzeuge und Maschinen. Auf eine Anregung des Demokraten Schuldt, Schülern, Studierenden und Eisenbahnern freien Eintritt in das Eisenbahnmuseum zu gewähren, versprach ein Regierungsvertreter Berücksichtigung. Dann kam man zu dem wichtigen Kapitel der Bahnbauten. Der Demokrat Delius wünschte schnellste Fortführung der Bahnstrecke Stollberg—Rottleberode, die Vollendung des Bahnhofes in Weißenfels und beschleunigten Umbau des Bahnhofs in Halle. Auf eine Anfrage des Demokraten Wieland teilte der Regierungsvertreter mit, daß der jetzt fertige Teil des Bahnhofs Stuttgart 1922 in Betrieb genommen würde. Wann der noch nicht begonnene Teil fertiggestellt werden würde, könne er nicht angeben.

Die Lage im Reiche.

Die Schuld am Kriege.

Aus den Kreisen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses wird uns geschrieben: Wie zahlreiche Vorfälle, zuletzt wieder eine große Kundgebung in Bochum beweisen, wächst überall im deutschen Volke die Einsicht, daß die Frage der Schuld am Kriege nicht nur eine geschichtliche ist, die gegebenenfalls parteipolitisch ausgenutzt werden kann, sondern daß sie für unser Ansehen in der Welt und die Revision des Versailler Friedensvertrages, der auf unserer Alleinschuld aufgebaut ist, das A und O ist. Damit ist die Einsetzung des vielbekämpften parlamentarischen Untersuchungsausschusses gerechtfertigt; die Regiefehler, die bei den ersten öffentlichen Verhandlungen gemacht worden sind, weil gewisse Mitglieder eine bengalische Beleuchtung brauchten, und die Sabotierungsversuche des Herrn Helfferich, können daran nichts ändern. Unterdessen hat der Untersuchungsausschuß in der Stille weitergearbeitet, leider hat die Presse von dem Ergebnis seiner Arbeiten nur wenig Notiz genommen. So ist namentlich fast unbeachtet geblieben, daß der erste Unterausschuß nach sorgfältigem Arbeiten seiner Sachverständigen zu dem Resultat gekommen ist, daß entgegen der Behauptung der Interalliierten Anklageschrift die militärischen Kräfte Deutschlands und Österreich-Ungarns denen Frankreichs und Rußlands nicht nur nicht überlegen, sondern zahlenmäßig unterlegen waren. Unsere Überlegenheit wird aber dort gerade als ein Beweis für unsere Alleinschuld angegeben.

Kundgebungen in Bochum gegen die schwarze Schmach.

Bochum, 7. März. Die hier gestern veranstaltete Kundgebung gegen das Versklavungsdiktat des Feindbundes und gegen die schwarze Schmach im Rheinlande gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Demonstration des durch gemeinsame Not geeinigten Volkswillens. Rund 8—10 000 Männer und Frauen aller Parteirichtungen nahmen daran teil. Es wurden Reden gehalten und dann zwei Entschließungen angenommen, die sich gegen das Versklavungsdiktat der Entente und die schwarze Schmach im Rheinlande richteten. Nach der Versammlung bewegte sich ein unübersehbarer Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt.

Die ersten Verhandlungen gegen die Kriegsbeschuldigten in wenigen Wochen.

Zur Frage der sogenannten „Kriegsverbrecher“ erfahren wir von unterrichteter Seite: Im Mai 1920 hatte die Entente, wie erinnerlich, eine Liste von 46 Kriegsbeschuldigten überreicht. Der Oberreichsanwalt hat darauf unverzüglich die Verfahren eingeleitet. Einzelne Fälle sind jetzt so weit, daß Anklage erhoben worden ist. Die ersten Hauptverhandlungen sind in wenigen Wochen zu erwarten. Das Beweismaterial befindet sich nur zum geringsten Teil in Deutschland, ebenso sind die meisten Zeugen im Auslande, was den Gang der ganzen Sache außerordentlich erschwert. Der Oberreichsanwalt hatte deshalb die Bitte an die Alliierten gerichtet, ihm alles nötige Material zu unterbreiten. In vielen Fällen ist die Entente diesem Ersuchen noch nicht nachgekommen. Ein Teil des Materials, das verarbeitet ist, läßt sich nach den Vorschriften der deutschen Prozeßordnung nicht verwenden. Deshalb haben sich einige Herren vom Auswärtigen Amt und Reichsgericht, wie berichtet, nach London und Brüssel zu Verhandlungen begeben. Dabei ist ein Einverständnis dahin erzielt worden, über das wir gestern ausführlich berichteten.

Bürgerlicher Wahlsieg im Freistaat Gotha.

Für die Landtagswahlen im Freistaate Gotha, die am 6. März stattfanden, hatten sich alle bürgerlichen Parteien in einen „Heimatbund“ genannten Zweckverband zusammengeschlossen, um eine stärkere Stoßkraft gegenüber den Sozialdemokraten und den Kommunisten zu gewinnen. Dieses Bestreben ist von Erfolg gekrönt gewesen. Unser Mitarbeiter in Gotha drahtet uns:

Die Wahlen zur Gebietsvertretung in Gotha am 6. März haben folgendes vorläufiges Ergebnis gehabt. Heimatbund (Vereinigte Bürgerliche Fraktionen) 41 915, Sozialdemokraten 4218, Unabhängige 8307, Kommunisten 24 797. Danach erhalten der Heimatbund 8, die Unabhängigen 2 und die Kommunisten 5 Sitze im Parlament. Die Regierung Liebetraut ist durch den Sieg der bürgerlichen Fraktionen gesichert.

Die mißlungene Generalstreikhetze in Stettin.

Stettin, 7. März. Die Wut der Kommunisten, daß der Versuch, die Stettiner Arbeiterschaft in einen Generalstreik zu hetzen mißlungen ist, ist ziemlich stark. Am Sonntag war eine Versammlung nach den Amorsälen berufen, in der über die Fortsetzung oder den Abbruch des Generalstreiks Beschluß gefaßt werden sollte. Die Kommunisten hatten für 1 Stunde später zur Versammlung nach dem Hof desselben Lokals durch Handzettel geladen. Als es in der Betriebsräteversammlung zur Abstimmung kommen sollte, schwang sich plötzlich ein Mann auf die Rednertribüne und forderte die Versammlung auf, die Betriebsräteversammlung zu sprengen. Die Kommunisten drangen in den Saal. Es kam zu einer wüsten Schlägerei, bei der mehrere Personen verletzt wurden. Ein Polizeiaufgebot stellte die Ruhe wieder her. Die Abstimmung konnte dann zu Ende geführt werden. Sie ergab eine überwiegende Mehrheit für den Abbruch des Streiks.

Streikbeendigung in Stettin und Hamburg.

Stettin, 8. März. Die Abstimmung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre ergab eine überwiegende Mehrheit für den Abbruch des Generalstreiks.

Hamburg, 8. März. Der Hafenarbeiterstreik ist beendet.

Sperrung der oberschlesischen Grenze.

Breslau, 8. März. Das Polizeipräsidium teilt amtlich mit: Auf Anordnung der interalliierten Kommission ist die oberschlesische Grenze vom Mittwoch den 9. März morgens 8 Uhr an gesperrt. Die Schiffer erhalten weiter das Visum, ebenso gelten die Ausweise für die Eisenbahnen. Bei Todesfällen und schwerer Erkrankung in der Familie ist der Chef des interalliierten Paßbüros in Oppeln ermächtigt, die Einreiseerlaubnis zu erteilen. Es empfiehlt sich, die Einreiseerlaubnis telegraphisch zu beantragen. Das Visum wird von dem für den Wohnort des Gesuchstellers zuständigen französischen Konsulat erteilt.

Das erste Ehejahr.

Roman von Ruth Goetz.

23. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Während sich die andern um Renate drängten, und die kleine Frau Landolf sich eine Träne aus den Augen trocknete, stand Malwe noch immer wie in Erstarrung. Sie hatte die Arme über der Brust gekreuzt, fest gruben sich die Zähne in die erblaßten Lippen. Endlich, als sie die Augen Otto Storms auf sich gerichtet fühlte, schüttelte sie das dunkle Haar aus der Stirn und sagte: „Das ist aber nicht nett, sich so lange bitten zu lassen, wenn man selbst weiß, daß man eine Künstlerin ist. Sie sind oder waren Klaviervirtuosin, gnädige Frau, und wenn Ihr Anschlag auch etwas eingebüßt hat, weil Sie so lange nicht gespielt haben, mir, als Fachmännin, dürfen Sie nicht erzählen, daß Sie nur so nebenbei Klavier spielen. Von wem übrigens war das wundervolle Lied?“ Sie suchte in ihrem Gedächtnis.

„Wenn Sie ihm diese Bezeichnung geben, dann bin ich stolz, es ist . . . nun, wie soll ich sagen? Ich habe mir die Melodie ersonnen, als der Text mir durch die Gedanken ging.“

Malwe jedoch wollte sich nicht um ihren Effekt bringen lassen, und so setzte sie sich wieder an das Instrument. Diesmal war es ein reines Virtuosenstück, das nur auf den Effekt gestellt ist, eine der weniger bekannten Melodien von Liszt, der „Pester Karneval“, der mit seinen fremdartigen Melodien, seinen wildfrohen Tanzliedern, sich zu einem tollen Bacchanal, zu einer wilden Orgie steigert, einige Momente den Anlauf zu einer weichen Sentimentalität nimmt und sich dann verliert.

Über die Anwesenden kam es wie ein Rausch und wie ein Fieber. Selbst diejenigen, die nicht sehr musikalisch waren, fühlten sich von diesem Virtuosenstück fortgerissen. Weinhold war der einzige, der seine Ruhe nicht verlor, er füllte von neuem die Gläser, hielt sie den Damen hin und rief:

„Ich trinke auf das Wohl derjenigen, die gespielt und der Damen, die gelauscht haben. Zuhören ist auch eine Kunst, schwerer manchmal als spielen.“

*

Schweigend ging Renate an Ottos Seite dem Hause zu. Sie hatte von ihm ein kleines Wort der Anerkennung für ihr Spiel erwartet. Er war in Gedanken eingesponnen, mit Dingen beschäftigt, an denen sie keinen Teil hatte. Nun fragte er:

„Nicht wahr, sie spielt himmlisch? Ich habe eine solche Künstlerin noch nie gehört.“

Renate antwortete nach einigem Besinnen:

„Ja, ganz nett.“

Kurz vor der Haustür blieb er einen Augenblick stehen:

„Wie du das sagst, Renate, als ob das eine Bezeichnung dafür wäre? Hinreißend, himmlisch, ich habe noch nie so spielen gehört.“

Schweigend betrat sie das Haus und zündete die Lampe an.

Otto fragte sie, wie er ihr verschlossenes Antlitz sah: „Was hast du, Kind?“

„Oh, ich habe nichts.“ Sie verzog keine Miene und blickte an ihm vorbei. Er versperrte ihr mit dem Arm den Durchgang. „Ich weiß schon, du bist eifersüchtig.“

„Ach Gott, eifersüchtig, als ob das einen Sinn hätte! Wenn man Grund dazu fühlt, ist es zu spät. Sonst aber ist Eifersucht überflüssig und verbittert das Leben.“

„Sie kann es sogar würzen,“ meinte er heftig, er fand sie in ihrer Vernunft kühl und zu verständig, er dachte in einer seltsamen und ungewissen Gedankenverbindung, wie Malwe Weinhold wohl aussehen würde, wenn sie die Flammen der Eifersucht an ihr Herz schlagen fühlen müßte. Er dachte an Tränen und blinde, ohnmächtige Wut, die man dann mit Küssen und liebevollen Worten besänftigen konnte, die glücklich machen mußte, weil sie von dem Lebenswert berichtete, den man der Liebe des Mannes zumaß.

Und seine Renate schien ihm in der Minute reizlos, als sei sie eine alte, verständige Frau, in deren Blut kein Feuer war. — —

Am andern Morgen, wie sie in dem sonnendurchfluteten Zimmer auf ihren Mann wartete, lächelte sie ihm bei seinem Eintritt entgegen. Sie hatte den gestrigen Abend vergessen.

„Nun schmollst du nicht mehr?“ Otto hob ihr das Kinn in die Höhe. „Hast du die Eifersucht verschlafen?“

Sie wurde ärgerlich. „Ach, laß mich mit Torheiten in Ruhe.“

Aber ein bedrückendes Gefühl konnte sie nicht mehr los werden, und diese Unruhe lag auch in den kommenden Tagen schwer auf ihrer Seele. Sie beobachtete kleine Veränderungen an ihm. Sie fand, daß er mit größerer Sorgfalt Toilette machte als bisher, und ihr Auge blieb mehr als einmal an seiner schlanken Gestalt in stiller Freude hängen. Er legte Wert auf die Farben der Krawatten und fragte sie oft, ob sie zu seinem Anzuge paßten. Ging er fort, dann eilte sie ruhelos durch die Zimmer, und ihre Gedanken wurden schnell und mißtrauend zu Weinhold hingelenkt.

Aber sie schalt sich, sie wurde bekümmert darüber, daß sie ihr Vertrauen verlor, er kam täglich kurz nach Schluß der Arbeitszeit nach Hause, wann also sollte er Gelegenheit haben, sich Malwe zu nähern?

Dann schaute sie in den Spiegel. Sie verglich ihre Gestalt, die Züge ihres Antlitzes mit Malwe Weinholds, und sie wußte sich keine Deutung und keine Erklärung für das, was sie bedrückte, zu geben. Die Schönheit der anderen fesselte ihn nicht, sie durfte es sich ohne Überhebung sagen, wieviel reizender sie war als Malwe, und sie hatte sich Mühe gegeben, ihm eine verständige und klugberatende Frau zu sein. Nur sie allein wußte, wie oft sie geschwiegen, wenn es in ihr gärte und kochte, nur sie allein ahnte, wie groß der Kampf gewesen, den sie mit sich um seinetwillen ausgefochten. Sie hatte sich selbst ihr brausendes Temperament unzählige Male verleugnet, weil sie ihm keine Last werden wollte. . . .

Als zöge sie eine Macht zu den Dingen hin, die ihn beschäftigten, trat sie in seine Werkstatt ein.

Vor der Drehbank blieb sie stehen und atmete tief und gedankenvoll. . . . Lange betrachtete sie die vielen Zeichnungen, die in zahlreichen Durchschlägen wohlverpackt in einer blauen Mappe lagen. Das zweite Modell stand fertig, harrte des Winkes des Direktors. Wenn Lohe sein Wort halten würde, mußte die Dankbarkeit ihren Mann wieder zu ihr bringen. Mit einer heftigen Bewegung schlug sie die Hände vor das Gesicht. Sie lief eilig hinaus und schloß sorgfältig die Tür.

Hatte sie ihn verloren? War er nicht mehr der Ihre? Eine erregte, getrübte Phantasie ließ sie schreckliche Bilder sehen.

Die Arbeit sollte ihr helfen. Von dem Hause her ging sie in den Garten. Die Bäume blühten, überall hing weißer Schnee an den Ästen, verdeckte das Grün der Blätter, zarter, flockiger Blütenschnee der das Urbild des Lebens selbst war. Unter den Zweigen eines alten Kastanienbaumes hatte sie sich eine kleine Laube zimmern lassen. Die war eingesponnen von den Ranken des wilden Weines, der seine Schößlinge ansetzte, Blumen dufteten auf dem Tisch, unendliches Sonnengold wob in den Winkeln der Laube. Hier hatte sie ihr Werkzeug ausgebreitet, Blätter, Tinte, Federhalter, und die Gedanken strömten ihr zu, wenn sie anfing zu schreiben.

Nach kurzer Zeit legte sie den Federhalter nieder, erhob sich und ging in dem kleinen Raum der Laube hastig auf und ab. Ja, sie hatte ihn aus dem Herzen gestoßen, denn seit seiner Begeisterung für Malwe Weinhold konnte sie ihm nicht mehr mit der gleichen Herzlichkeit begegnen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210308-12/fragment/page=0005

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Zur Beachtung.
Zu der am Mittwoch, den 9. d. M. in Niederbeuna stattfindenden Auktion kommt noch hinzu:
1 kompl. weißes Schlafzimmer mit Spiegel, 1 Küche, kompl., und 2 Sofas.
Alb. Franke, beeid. Auktionator.

Ein oder zwei möbl. Zimmer, möglichst im Erdgeschoß, im Innern der Stadt für sofort von einzeln. Herrn gesucht. Angeb. u. 3533 an die Exp. d. Bl. erb.

Möbl. Zimmer von junger Dame ges. Angeb. unter 3538 an die Exp. d. Bl.

Jg. Beamter sucht p. 1. April 21
möbl. Zimmer
Angeb. u. 3541 an die Exp. d. Bl.

Beamter sucht möbliertes Zimmer.
Angeb. unt. 3546 a. d. Exp. d. Bl.

Zum 15. März
1 oder 2 möblierte Zimmer
von 2 jungen Herren gesucht. Nähe Körbisdorf od. i. Merseburg. Angeb. u. 3539 an die Exp. d. Bl.

Wohnungstausch.
Wer tauscht 2—3-Zimmerwohnung in Merseburg gegen 2-Zimmerwohnung in Glogau (Schl.). Angeb. unter 3544 an die Exped. d. Bl.

Für die vielen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Hochzeit nur hierdurch unsern
herzlichen Dank.
Merseburg, Teichstr. 17, den 8 März 1921.
Otto Schönfeld und Frau
Anna geb. Ahnert.

Für die uns in so reichem Maße erwiesenen Ehrungen und Aufmerksamkeiten zu unserer **Vermählung** danken wir herzlichst.
Merseburg, den 7. März 1921.
Walter Pinkert und Frau
Elsa geb. Schmieder.

Nachruf!
Am 1. März 1921 entschlief nach langem Leiden unser zweiter Lehrer
Otto Hennig.
Wir verlieren in ihm einen fleißigen, tüchtigen und getreuen Lehrer, welchem wir stets in Ehren gedenken.
Spergau, den 7. März 1921.
Die Gemeinde Spergau.

In ½ Stunde vernichten Sie unter **Läuse** sow. Brut (Nisst.) Wanzen, Flöhe, b. Mensch, u. Tier. **Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderläuse** „Rigozola", g. gesch. Mitt. Wund, unschädl. Verst. nur Fr. Freygang, Gr. Ritterstr. 7.

Wohnungstausch.
3 Zim., Küche u. Bad, in Halle, Bismarckstr., gegen gleiche in Merseburg. Näheres bei A. Schmidt, Kl. Ritterstr. 4.

H. Andermahr
Merseburg
Weißenfelser Str. 2 Telephon Nr. 179
übernimmt die
Anlage
von Hoch- u. Niederdruck-Rohrleitungen u. Hochdruck-Doppelkesseln f. Kochzwecke,
Herstellung von Zentralheizungen, autogene Schweißerei-Arbeiten, Anfertigung autogen geschweißter Röhren, das Schweißen von Herdringen und Herdplatten,
Reparaturen
an Dampf- u. Kochkesseln u. Küchengeräten
Installationen in jedem Umfange.
Schnelle Ausführung. Reelle Preise.

Mittwoch, den 9. d. M., treffen in sehr großer Auswahl beste hochtragende und frischmilchende
Kühe und Kalben
(Ostfriesen-Rasse) bei uns ein.
Gustav Daniel & Co., Weißenfels a. S.
— Fernsprecher 57. —

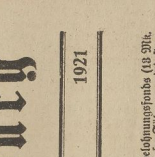
Ratskeller - Restaurant.
Jeden Mittwoch, von ½8—10 Uhr,
Jeden Sonntag, von 4—11 Uhr,
Künstler-Konzert.
Dir. Konzertmeister Putler.
Eintritt frei! Otto Kießler.

Voranzeige!
Der Bund der Bäcker- (Konditor-) Gehilfen Deutschlands (Ortsgruppe Merseburg a. S.)
feiert am 12. u. 13. d. Mts. im „Neuen Schützenhaus" sein
1. Stiftungsfest
und ladet Freunde und Gönner herzlich ein.
Sonnabend, den 12. März, abends ½8 Uhr
Hauptfeier
bestehend aus Konzert und Theater.
Zur Aufführung gelangt: Hotel Klingebusch, ausgeführt vom Gesellschaftsverein „Euterpia".
Sonntag, den 13. März, von nachm. 3 Uhr ab
Großer Festball
verbunden mit Verlosung und Preisschießen.
Karten im Vorverkauf bei Herrn Wunsch (bei Herrn Bäckermeister Preußer) Neumarkt 47.
Kassenöffnung zur Hauptfeier ½7 Uhr.
Der Fest-Ausschuß.

FUNKENBURG.
Morgen der beliebte
M-BALL.
Volles Görlacherorchester. Volles Görlacherorchester.

In der am 18. März d. J. stattfindenden
Mitglieder-Versammlung
sollen satzungsgemäß unverheiratete weibliche Dienstboten und Hausangestellte, welche 5 Jahre oder länger im Dienst bei Vereinsmitgliedern stehen, durch
Ueberreichung von Diplomen usw.
ausgezeichnet werden. Vorbedingung ist tadellose Führung während der Dienstzeit. Anmeldungen hierzu erbittet der Vorstand bis spätestens den 13. März d. J.
Vaterländischer Frauenverein für Merseburg-Land.
Frau Superintendent Uhle, Vorsitzende.

Achtung! Landwirte!
Schlachtpferde, Esel u. Fohlen kauft
zu sehr hohen Preisen von 300 Mk. pro Zentner aufwärts. (Für wohlgenährt. fette Pferde Extrapreise)
Franz Vogel
Groß-Roßschlächterei, Radewell-Ammendorf
Tel.-Amt Ammendorf 58.
Bei Notschlachtungen aller Art schnellstens zur Stelle
Vermittler erhalten hohe Provisionen



Fertige Konfirmanden-Kleider
in Wolle, Seide und Sammet — sehr preiswert.
Frühjahrs-Mäntel und Kostüme
Moderne Farben. — — Neueste Fassons.
Konfirmanden-Anzüge
in farbig und blau.
Grösste Auswahl. Billige Preise.
Markt 19. Tel. 464. **H. Taitza.** Neumarkt 18. Tel. 332.

Pepsin-Wein bei Appetitlosigkeit und Verdauungsstörung empfiehlt
Ritter-Drogerie, Werner Mahlfeldt, Fernruf 215.

8ung
Verkaufe auf dem Wochenmarkt und im Geschäft
prima Holl.
ger. Schinken pro Pfd. 14.50
weiß. gefalz. Speck p. Pfd. 10.00
prima Cornedbeef p. Pfd. 11.00
H. Gaudernack, Merseburg, Johannisstr. 2.

Kappel
feinste Präzisions-Schreibmaschine
Allein-Vertreter
Rich. Vormeyer, Halle a. S.,
Telephon 4538. Beesenerstr. 17.
Spezial-Reparatur-Werkstatt für Schreibmaschinen.

Bekannte leistungsfähige Dresdner
Cigaretten-Fabrik
vergibt **Platzvertretung** an branchekundigen, gut eingeführten Herrn. Gefl. Angebote unter U. W. 3823 an Rudolf Mosse, Halle a. S.

1 leere Stube mit Ofen gesucht Roßmarkt 6

Ein gebrauchter Schreibtisch in gutem Zustande sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter 3545 an die Exped. d. Bl.

1 gebrauchter Schreibtisch mit Stuhl zu kaufen gesucht. Angeb. unter 3540 an die Exped. d. Bl.

Guterhaltenes Fahrrad zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 3548 an die Exped. d. Bl.

Briefm.-Sammlg., bessere, kauft Sammler. Komme selbst. Angebote an A. Lilnom, Halle a. S., Geiststr. 31.

Wer leiht jungem, strebsamen Manne zur Gründung eines Geschäfts
8—10 000 Mark.
Angeb. unt 3542 a. d. Exp. d. Bl.

Mk. 35 000 werden sofort auf 15 Mg. Feld, a. d. Nähe Merseburg ges. **Wiegand,** Mälzerstr. 8

50 000 M. werden von pünktlichem Zinszahler gesucht auf Hypothek. Angeb. u. 3551 an die Exp. d. Bl.

6000 Mark sind zum 1. Mai als 1. Hypothek auszuleihen. Angeb. unter 3547 an die Exp. d. Bl.

Schreibmaschinen aller Systeme werden schnell und sachgemäß instandgesetzt in der **Schreibmaschinen-Spezial-Werkstatt Gustav Engel Söhne** Telephon 203.

Großer Posten
Arbeits-Hemden,
grau Tricot, Stck. 22.— M., vorrätig bei
Oskar Zimmermann, Gotthardtstraße 25.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 17 — Dienstag, den 8. März — 1921

Anmeldung von Wohnungen für Landtagsabgeordnete.
Diejenigen Einwohner unserer Stadt, welche entgegenkommender Weise bereit sind, für die Dauer des am 22. März hier zusammentretenden Provinzial-Landtages Abgeordnete in ihre Wohnungen aufzunehmen, bitten wir, dies unter Angabe der beanspruchten Berechnung (für Wohnung mit oder ohne L. Frühstück) unverzüglich, spätestens bis zum 10. März ds. Js. dem Magistrat (Gesetzgebungsamt II) mündlich oder fernmündlich mitzuteilen.
Merseburg, den 4. März 1941.
Der Magistrat.
II. 4008/20.

Steuererhebung für 1920.
Nach dem von den städtischen Behörden festgestellten Haushaltsplan werden mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde für 1920 an Gemeindesteuern erhoben:
80 % Zuschlag zur Gewerbesteuer,
80 % Zuschlag zur Grunde und Gebäudesteuer, in der Weise daß nach Maßgabe der städtischen Steuerordnung vom 4./14. Dez. 1918 9 % des Gemeindeertrages erhoben werden.
200 % Zuschlag zur Betriebssteuer.
Die Steuerausschreiben werden den Steuerpflichtigen in den nächsten Tagen zugestellt werden.
Merseburg, den 4. März 1921.
X. 886/20. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.
Die für 1920 verfügbaren Zonen des Grundbesitzwertzuwachsfonds (19 Mk. 54 Pfg.) sollen einem Dienstboten, welcher bei tadelloser Führung mindestens 10 Jahre hintereinander einer und derselben Herrschaft treue Dienste geleistet hat, bewilligt werden.
Dienstboten, welche dies durch Zeugnisse ihrer Herrschaften nachweisen können, wollen sich unter Beifügung dieser Zeugnisse schriftlich bei uns melden.
Merseburg, den 4. März 1921.
Tagb. Nr. IV. 6082/20. **Der Magistrat.**

Fleischverkauf auf der Freibank
findet am 8. März 1921
vormittags von 8—9 Uhr auf die Nummern 1801—1900
vormittags von 9—10 Uhr auf die Nummern 1901—1950
vormittags von 10—11 Uhr auf die Nummern 1951—2000
am 9. März 1921.
vormittags von 8—9 Uhr auf die Nummern 2001—2100
vormittags von 9—10 Uhr auf die Nummern 2101—2150
vormittags von 10—11 Uhr auf die Nummern 2151—2200 statt.
Merseburg, den 7. März 1921.
L. A. I. 1430/20. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Druck und Verlag von Th. Pfänner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210308-12/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 56 — Dienstag den 8. März 1921 — 47. Jahrg.

Abbruch der Verhandlungen. — Der Einmarsch hat heute begonnen!

Der Verbandsvorschlag.

Die „neuen" deutschen Vorschläge haben, zusammen mit den Zwischenbesprechungen in Chequers, zum mindesten ein Ergebnis gehabt, das, was auch geschehe, die Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und dem Verband auf eine entscheidend veränderte Grundlage gestellt hat: Das Pariser Abkommen ist erledigt. Nichts von ihm ist geblieben, als eine nur als Maßstab noch festgehaltene Endsumme. Der „Oberste Rat" hat auch die zweite Reihe deutscher Gegenvorschläge als unannehmbar bezeichnet. Das war ebenso zu erwarten, wie das „Unannehmbar" vom 1. März. Aber die zweite Ablehnung unterscheidet sich von der ersten darin, daß sie durch einen eigenen Vorschlag des Verbandes ergänzt wird . . . Zweierlei hat der Verband damit zugegeben: daß es auch von seinem Standpunkt nicht genügt, deutsche Angebote als unzulässig zurückzuweisen, daß mindestens wenn sie zurückgewiesen werden, die Ablehnenden verpflichtet sind, ihrerseits über die Möglichkeiten einer Lösung nachzudenken und daß die Pariser Beschlüsse diese Möglichkeit nicht enthalten. Die Beurteilung, die das Werk von Paris in Deutschland gefunden hat, ist somit vom Verband in wesentlichen Teilen als zutreffend anerkannt worden. Diesmal sind es die gegnerischen Regierungen, denen, mit der Aufgabe, ihren Vorschlag zu verteidigen, die Beweislast aufliegt.

Sie wird nicht leicht zu tragen sein. Denn wenn auch der neue Vorschlag als eine Verbesserung des Pariser Abkommens gedacht sein mag, d. h. als eine Anpassung der Erfüllungsmittel an die wirtschaftlichen Tatsachen, so beseitigt er nicht dessen Grundfehler: Er soll, auch er, den Pariser Beschlüssen im Gesamtertrag „gleichwertig" sein. Die Pariser Forderung ist unter keinen Umständen mit der deutschen Leistungsfähigkeit auszugleichen. Was nützt es, an der einen Seite ein mißlungenes Stück von ihr abzuschneiden, um es am andern Ende wieder anzuflicken? Die Verbandsmächte haben anerkannt, daß eine zeitliche Ausdehnung der deutschen Tributpflicht auf 42 Jahre dem Schuldner nicht zuzumuten ist, abgesehen davon, daß sie dem Friedensvertrag widerspricht. Sie schlagen also 30 Jahre vor, verlangen aber, daß in diesen 30 Jahren insgesamt genau so viele Milliarden gezahlt werden sollen, wie sonst in 42, nämlich 226 Milliarden zuzüglich des erwarteten Ertrages aus den Ausfuhrabgaben. Es wird also, da der „Jetztwert" einer in 30 Jahren entrichteten Milliardenzahl beträchtlich höher ist, als der einer gleichen auf 42 Jahre verteilten, tatsächlich mehr verlangt, als in Paris. Auch die Ausfuhrabgaben, wie sie im Pariser Abkommen vorgesehen waren, scheinen dem Verbande jetzt zweckmäßig angelegt; er verbessert diesen Fehler, indem er sie von 12 auf 30 vom Hundert erhöht. . . Im übrigen scheint die Durchführung nach dem Muster der uns angedrohten handelswirtschaftlichen — Sanktionen gedacht zu sein; die also aus einer vorübergehenden „Strafmaßregel" zur ständigen Einrichtung entwickelt würden.

Freilich sind die festen Jahreszahlungen auf 3 Milliarden jährlich also 90 Milliarden im Ganzen, herabgesetzt. Dafür jedoch erwartet man von der nunmehr 30prozentigen Ausfuhrabgabe einen Ertrag, der im Beharrungszustand auf 6 bis 8 Milliarden geschätzt wird. Das wären demnach, wenn man für die ersten fünf Jahre etwa die Hälfte einsetzt, in 30 Jahren 195 Milliarden, zusammen mit den festen „Annuitäten" 285 Milliarden. Nach dem Pariser Abkommen erwartete man, einschließlich der Ausfuhrabgaben, 310 Milliarden in 42 Jahren. Mit 5 v. H. zurückverzinst, ergab diese Summe einen „Jetztwert" von etwa 114 Milliarden, während die 30jährigen Zahlungen nach dem neuen Plan einen Jetztwert von mindestens 126 Milliarden erreichen würden. Dennoch sieht der Verbandsvorschlag bereits vor, daß die zur „Gleichwertigkeit" noch fehlenden Summen durch die Reparationskommission besonders festgestellt und eingefordert werden sollen.

Nach all dem ist der Vorschlag nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung des Pariser Abkommens; und die Antwort von deutscher Seite kann abermals nur lauten: Unannehmbar!

*

Die Alliierten lehnen die Vertagung ab.

Berlin, 8. März. (Drahtbericht des Wolffschen Telegraphenbüros.) In der heutigen Sitzung der Londoner Konferenz schlug der deutsche Außenminister Dr. Simons eine vorläufige Regelung für die nächsten 5 Jahre mit Annuitäten in der Höhe der Pariser Beschlüsse und ein Äquivalent für die Ausfuhrabgabe vor. Sollte auf einer endgültigen Regelung bestanden werden, so müsse die deutsche Delegation um 8 Tage Frist bitten, um sich mit dem Reichskabinett in Berlin in Verbindung zu setzen. Der englische Ministerpräsident Lloyd George erklärte, über die Antwort der Alliierten könne kein Zweifel bestehen. Die Formulierung dieser Antwort erfordere aber die Anberaumung einer neuen Sitzung auf 4½ Uhr.

Die Ausführungen Dr. Simons' in der Montagvormittags-Sitzung.

Aus London wird vom Montag gemeldet:

Die Sitzung des Obersten Rates, an der die deutschen Vertreter teilnahmen, begann pünktlich 12 Uhr. Dr. Simons begann sofort mit seiner Rede. Er erinnerte daran, unter welchen Umständen die deutschen Gegenvorschläge am letzten Donnerstag abgelehnt worden waren. Die deutsche Abordnung sah sich dadurch veranlaßt, ihren ursprünglichen Plan aufzugeben und den Gedanken aufzugreifen, ein provisorisches Abkommen zu treffen, wie es die Sachverständigen in Brüssel empfohlen hatten. Deutschland würde sich verpflichten, die Entschädigung vorher für 5 Jahre zu zahlen. Die deutschen Sachverständigen sind überzeugt, daß gegenüber dem ungeheuren Entschädigungsproblem man zu einer endgültigen Lösung nicht vor Ablauf dieser Frist gelangen könnte. Die deutschen Sachverständigen leugneten auch nie die Möglichkeit, daß die Gesamtsumme [illegible]

Lloyd [illegible] dem Ergebnis der Beratung nicht zweifeln könnte.

Die deutsche Delegation reist heute nachmittag von London ab!

Berlin, 8. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Nach den an Berliner amtlicher Stelle vorliegenden Nachrichten verläßt die deutsche Delegation heute nachmittag 2 Uhr London und wird Mittwochnachmittag in Berlin eintreffen. Die Nachricht, daß noch nach dem Abbruch der eigentlichen Konferenz Verhandlungen zwischen den Sachverständigen stattgefunden haben, wird von hiesiger amtlicher Seite dementiert.

Kabinettssitzung in Berlin.

Berlin, 8. März. (TU.) Das Reichskabinett trat gestern abend 9 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um über die durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen geschaffene Lage zu beraten. Die Sitzung dauerte bis in die späten Nachtstunden hinein, da man alle Nachrichten abwarten wollte.

Berlin, 8. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Die Sachverständigen, die an der Ausarbeitung unserer Kritik an den Pariser Beschlüssen der Alliierten und an der Vorbereitung unserer Gegenvorschläge mitgearbeitet haben, haben sich ebenfalls heute vormittag versammelt. Man wird versuchen, Grundlagen für neue Verhandlungen zu finden, falls solche, wie aus den letzten Äußerungen des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George entnommen werden kann, angeregt werden.

Regierungserklärung im heutigen Reichstag.

Berlin, 8. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Wie wir hören, wird in der heutigen Sitzung des Reichstages der Reichskanzler eine kurze Erklärung über die durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen entstandene Lage abgeben. Vorher treten Regierung und Parteiführer zu einer Besprechung über die Erklärung des Reichskanzlers und die gesamte politische Lage zusammen.

Die wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen in Deutschland.

Berlin, 8. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Über die wirtschaftlichen Folgen, die die Durchführung der feindlichen Sanktionen für uns haben werden, erklärte ein Vertreter des Reichskohlenkommissars, daß der Hafen von Duisburg-Ruhrort bisher bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit für den Kohlentransport in Anspruch genommen wurde. Wenn nun die militärische Besetzung dieses Hafens und gleichzeitig die Errichtung der angedrohten Zollgrenze den Verkehr hindern, so genügt der kleinste Anlaß, um die gesamten Kohlentransporte zum Stocken zu bringen. Hierunter würde nicht nur das linksrheinische Gebiet sehr zu leiden haben, sondern auch die Kohlenlieferungen an die Entente würden wesentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Ganz besonders würde Süddeutschland leiden, da die Kohlenlieferungen für diesen Landesteil ausnahmslos aus diesem Hafen kommen.

Berufung deutscher Botschafter nach Berlin.

Berlin, 88. März. (WTB.) Die deutschen Botschafter in Paris und London, sowie der deutsche Gesandte in Brüssel sind nach Berlin berufen worden.

Der Vormarsch und die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort durch die Feinde.

London, 8. März. Obwohl gerüchtweise verlautet, daß die Aldershot-Division in Bereitschaft gehalten wird, um nach dem Rhein abzugehen, wird offiziös gemeldet, daß keine neuen englischen Truppen entsandt werden sollen. Die Besetzung neuer Gebiete soll von französischen und belgischen Truppen ausgeführt werden.

Paris, 8. März. (WTB.) Laut „Petit Parisien" wird die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort von zehn Bataillonen ausgeführt. Im französischen Kriegsministerium wird erklärt, daß die Besetzung von französischen, belgischen und englischen Truppen ausgeführt werde.

Rom, 8. März. (TU.) Der gestern unter dem Vorsitz von Giolitti zusammengetretene Ministerrat beschäftigte sich in der heutigen Nacht mit der internationalen Lage. Ministerpräsident Giolitti erklärte, daß im Falle der Durchführung der Sanktionen der Alliierten gegen Deutschland sich Italien jeder Beteiligung hieran enthalten werde.

Düsseldorf, 8. März. In Düsseldorf wurden die Vorbereitungen für einen etwaigen Einmarsch der Ententetruppen schon vorgestern getroffen. In erster Linie wurden die Kasernen von der dort einquartierten Schutzpolizei zum Teil geräumt, um Unterkommen für etwaige Besatzungstruppen zu schaffen.

Die „Bergisch-Märkische Zeitung" meldet aus Opladen: Seit gestern mittag ziehen durch die Stadt Franzosen in der Richtung auf Düsseldorf. Die Zahl der bis zur Stunde, nachmittags 5 Uhr, durchmarschierten Truppen wird auf etwa 1000 Mann geschätzt.

Dasselbe Blatt meldet aus Solingen: Das Bürgermeisteramt von Solingen ist von der englischen Besatzungsbehörde aufgefordert worden, für die Unterbringung einer Besatzungstruppe von 1000 bis 1500 Mann Vorkehrungen zu treffen.

Die Franzosen befördern gestern und heute rheinabwärts auf Schiffen bewaffnete Truppen. Drei Schiffe haben bereits Koblenz passiert. Zehn weitere Schiffe sind angemeldet.

Düsseldorf, 8. März. (TU.) Düsseldorf und Ruhrort sind im Laufe der Nacht von belgischen Truppen besetzt worden.

Duisburg, 8. März. (WTB.) Ruhrort ist in der vergangenen Nacht besetzt worden. Die äußeren Stadtviertel von Duisburg sind heute früh 6 Uhr von belgischen Truppen besetzt worden.

Düsseldorf, 8. März. (WTB.) In den frühen Morgenstunden rückten französische Truppen von der Grenze des besetzten Gebietes her in unsere äußeren Stadtviertel mit Panzerautomobilen und Kavallerie ein, während feindliche Flieger die Stadt überflogen.

Berlin, 8. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Über die Besetzung von Düsseldorf wird noch berichtet, daß um 4 Uhr früh heute morgen belgische Infanterie- und Kavallerietruppen Düsseldorf besetzten. Sämtliche Güter- und Personenbahnhöfe sind besetzt. Im Hofgarten wurden Geschütze aufgefahren und Schützengräben angelegt. Über der Stadt kreisen seit 4 Uhr früh feindliche Flieger. Auch zwei mit Anamiten besetzte Tanks sind eingetroffen.

Beschießung des aufständischen Petersburg.

Kopenhagen, 8. März. Nach neuen Meldungen aus Kronstadt hat gestern das Bombardement von Petersburg begonnen, anscheinend mit schwerer Flottenartillerie. Das Feuer wird von Petersburg erwidert.

Bericht über die Nachmittagssitzung.

London, 8. März. In der gestrigen Nachmittagssitzung der Londoner Konferenz erklärte

Lloyd George,

daß er zu seinem großen Bedauern im Namen der Alliierten feststellen müsse, daß die Vorschläge, die Dr. Simons heute morgen gemacht hat, nicht annehmbar seien und trotz des gegenwärtigen Zeitaufschubs die Hinausschiebung der Sanktionen nicht rechtfertigten. Die Freunde des Weltfriedens in den alliierten Ländern und in Deutschland seien bisher darüber einig gewesen, daß eine definitive Regelung der Schadensfrage zur Wiederaufnahme der Weltwirtschaft notwendig sei. Die alliierten Sachverständigen hätten ja allerdings einen 5-Jahresplan aufgestellt. Dieser sei aber von keinem Staatsmann in den alliierten Ländern angenommen worden. Die Alliierten müßten genau wissen, woran sie seien. Bevor Deutschland nicht Vorschläge mache, gebe es keinen Frieden. Wenn er in dieser Richtung die Vorschläge Dr. Simons untersuche, so müsse er sagen, daß sie anscheinend der Grundlage der Pariser Beschlüsse entsprächen, aber sie seien Bedingungen unterworfen, die in den nächsten 5 Jahren umgeworfen werden könnten. Wenn insbesondere das Plebiszit in Oberschlesien ganz oder teilweise ungünstig ausfalle, so sei Dr. Simons berechtigt, zu erklären, daß eine neue Situation geschaffen sei. Es sei kein Vorschlag für 5 Jahre, sondern nur für 5 Wochen. Über die sonstigen von der deutschen Delegation gemachten Reserven brauche er nicht erst zu reden, weil die Reserven für Oberschlesien alles andere hinfällig machen. Und was geschehe nach 5 Jahren? Hierfür lägen keine Vorschläge, kein Minimum, kurz, nichts vor, womit die Alliierten, besonders die, die zur Wiederherstellung ihrer verwüsteten Gebiete rasch Geld erheben müßten, etwas anfangen könnten. Gewisse Sätze der heutigen Rede von Dr. Simons zeigten, daß Deutschland die Situation überhaupt noch nicht verstanden habe. Dr. Simons habe von den ungeheuren Opfern gesprochen, die das Provisorium erfordere. Wenn Oberschlesien verloren gehe, werde Deutschland 10 Millionen mehr Bevölkerung haben als Großbritannien. Um die großbritannische Schuld an Pensionen, Kriegsbeschädigtenunterstützung usw. zu bezahlen, seien 500 Millionen Pfund Sterling notwendig. Wenn Deutschland dieses Jahr die Pariser Beschlüsse ausführe, so würde es für alle Alliierten 125 Millionen Pfund Sterling, also ein Viertel der Summe verwenden, die Großbritannien allein aufbringen müsse. Frankreich müsse außer den Kriegsschulden und Pensionen allein für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete 12 Milliarden Franken jährlich zahlen. Deutschland brauche dagegen nur ein Neuntel der von Frankreich aufzuwendenden Summe flüssig zu machen. Der andere auffällige Punkt sei die Weigerung Dr. Simons,

die Verantwortlichkeit für den Krieg anzunehmen.

Dieser Punkt sei der Fundamentalsatz des Friedensvertrags. Dr. Simons habe die Geschichte zur Revision des Schuldbekenntnisses ange-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210308-12/fragment/page=0007